

Er erscheint täglich
nachmitt. mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 60 Pf.
vierteljährlich 1.75 Mk.
jährlich 6.00 Mk. Post- und
Versandkosten frei im Voraus.
Nach die Post bezuglich
1.00 Mk. extra nachgebend.

„Die Neue Welt“
(Kulturbeilage),
durch die Post nicht be-
ziehbar, kostet monatlich 10 Pf.
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Telegramm-Adresse:
Volkshalle Halle/Saale.

Volkshalle

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Baumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schmeinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geisstr. 21. Box 2 Cr

Expedition: Geisstr. 21. Box part. 1

Insertionsgebühr
betragt für die Spalten
pro Zeile oder deren Teil
50 Pf. für Wohnungs-
anzeigen. Geschäfts-
anzeigen. Anzeigen für
reklamatorische Zwecke
sind die Stelle 70 Pfennig.

Interate
für die fällige Nummer
müssen spätestens bis zur
mittags 12 Uhr in der
Expedition aufgegeben
sein.

Eingetragen in die
Postverzeichnisse unter
Nr. 7508

Amerika und Prinz Heinrich.

Wp. Amerika ist der klassische Beweis dafür, daß die politische Demokratie allein mit der Herrschaft des Kapitals nicht fertig werden kann, ja, daß sie die geeignetste politische Form der Entwicklung dieser Herrschaft ist. Selbstbewußte, eckigere Volksherrschaft, so lange die Nation aus Hinterwäldlern bestand, deren Aneinanderreihung durch den Warenverkehr noch äußerst locker war, aus Emigranten, die froh waren, dem Glend, der Knechtung und den Bedrückungen des alten Europas entflohen zu sein, auf dem freien Boden Amerikas sich zuerst als freier Mensch zu fühlen bekamen und deshalb auch die Freiheit ihre persönliche Unabhängigkeit als höchstes Gut zu schätzen mußten, genaugen diese politische Demokratie ist kein mögliches Ding. Erst nach dem Warenverkehr, nach der mehr die Warenproduktion alle wirtschaftlichen Verhältnisse unterwirft, je mehr die Macht des Geldes steigt, desto fortwährender, bis sie vor unseren Augen in die schamlose Herrschaft einer kapitalistischen Plutokratie ansetzt, die sich um so unumschränkter ausbreiten kann, als sie die erste Form der Klassenherrschaft überhaupt auf diesem Boden ist, die Kapitalistenklasse also wieder mit dem Adel als dem geschichtlich überlebten herrschenden Stand sich abspindeln, noch die weltgeschichtliche Experimentierkunst der Herrscher von Gottes Gnaden zu erdulden hatte, noch auch auf einen Mittelstand, der flüchtend und bittend hinter dem Kapital herläuft, heute vor ihm auf den Hinterrücken geht und morgen ihn in die Wade beißt, acht zu geben braucht und selbst die Straße als politische Macht nicht, sondern nur die Weltmacht als Beweis kennt. Die größte politische Freiheit wurde mit der Verwirklichung der ökonomischen Macht des Kapitals zur größten sozialistischen Willkür. Aber in den Köpfen der Formalisten der Demokratie spiegelt sich der Vorgang umgekehrt ab, und statt aus der kapitalistischen Entwicklung die Korruption der Demokratie zu erklären, erklären sie aus der Korruption der amerikanischen Demokratie die ungehinderte Entwicklung der kapitalistischen Willkür.

Die erste Formation der reichen Bourgeoisie in Nordamerika bestand aus Selbstmademännern, die, einmal in die Höhe gebracht, keine Ueberlichtung fanden und sich frei in ihrer Eigenart entwickeln konnten. Energieige Charaktere von einem harten Egoismus, einfachen Lebensgewohnheiten, waren sie rastlos tätig im Erwerb, gingen sie im Geschäft auf und schienen sich selbst ihm zum Opfer zu bringen, da, sie den Reichtum, den sie schufen, nicht einmal zu gebrauchen wußten. Das war die Zeit der regen ihrer rastlosen Energie und ihres nie säufenden Erwerbsstrebens angehalten und wegen ihrer Unbesonnenheit im Reichtum verdrängten Yankees. Sie folgten nach der Verwirklichung der amerikanischen Nation, die mit dem Unabhängigkeitskrieg zusammenfiel, und fand selbst ihren Gipfelpunkt in dem Bürgerkrieg von 1861/65. Es ist kein Zweifel, daß in der neueren Zeit das Wort Yankee immer mehr aus dem Gebrauch kommt. Man begegnet ihm nur noch äußerst selten in den Zeitungen. Ich glaube, das läßt sich auf zwei Ursachen zurückführen: erstens sind die Charakterzüge des Yankees der 60er Jahre thatsächlich nur noch selten zu finden, zweitens fällt es

mit der fortschreitenden Klassenfcheidung immer schwieriger, alle Volkselemente Nordamerikas unter einen Charaktertypus zu vereinigen. Mit der Umwandlung der amerikanischen Bourgeoisie zu einer zweiten Formation schied aus ihr ein kleines häßliches Großkapital aus. Das sind die amerikanischen Willkürdäre, die durch ihren Kapitalbesitz Industrie, Verkehr und Handel beherrschen.

Was diese Großkapitalisten, mögen sie nun ihre Tätigkeit mit ererbtem Kapital begonnen haben oder sich erst Vermögen haben „machen“ müssen, wirtschaftlich am meisten kennzeichnet, ist ihr waghalsiger Größenwahn. Nicht mehr um den rastlosen Erwerb des „Hanses“ handelt es sich diesmal, sondern um eine derartige Verwendung des Kapitals, das es sich selbst, thätig in immer größerer Umlauf vermerkt, weniger um die Produktion des Mehrwerts, als um dessen Akkumulation in den Händen des einzelnen Besitzers. Sie haben die Macht des Kapitals erkannt, und ihre Kunst besteht in dem Gebrauch dieser Macht.

Sie sind nicht bloß ungeheuer reich, sondern sie haben die Produktivkräfte der amerikanischen Nation monopolisiert. Gegenüber der daraus entpringenden konstanten Mehrung ihres Reichtums verschwinden in nichts die Ausgaben der raffinierten Genugthuung und der tollsten Verschwendung. Sie bauen sich Paläste auf kristallinen Säulen, lassen sich Statuen aus Gold gießen, sie halten Rennhähne und Sportwachen, sie ideln sich Millionen für Universitäten und Krankenhäuser, sie betten ihre Kinder in Eisenbetten und lassen sie von silbernen Zellen essen — aber der Erwerb des Mehrwerts, der ihnen zuliebt, überwiegt das alles, und ihre Phantasie verlagert im Grunde neuer Ausgaben. Das einzige Gefühl, das der sich mehrende Kapitalverleih in ihnen nicht erlöschend aufweckt, ist die Herrschsucht. Den ganzen Erdball wollen sie sich ökonomisch untertänig machen. Diese Welt-herrschaft, wie sie die Geschichte noch nie gesehen, soll sich an ihren Namen knüpfen, soll ihr Familiengut werden.

Es ist viel über den erklüfteten Charakter der amerikanischen Plutokratie berichtet worden. Die einzige Verbindung außerhalb ihres engen Kreises, welche diese Willkürdäre gern eingehen, ist die mit der höchsten adeligen Aristokratie Europas. Diese höchste Anerkennung des wirtschaftlichen Herrschaftsummes, den sie gründen, durch die Nachkommenhaftigkeit jener Geschlechter, welche die alte Welt jahrhundertlang politisch beherrschten, schmachtet ihnen, durch die Weltverbindung glauben sie, sich ein geschichtliches Herrscherrecht erworben zu haben. Die Fürsten von Gnaden des Kapitals kennen nur noch den einen Ehrentitel; auf gleichem Stufe mit den Fürsten von Gottes Gnaden zu verfahren.

Man kann nun sich denken, welchen Eindruck auf diese Gesellschaft der Besuch des Prinzen Heinrich machen mußte. Ein veralteter Prinz! Das war etwas anderes, als die weltverlaufenen orleanaisischen oder gar bonapartistischen Prinzen, mit denen man sich jetzt vorlieb nehmen mußte. Ein echter Hohenzollern! Der leibhaftige Bruder eines herrschenden Kaisers!

Zwar galt der Besuch des Prinzen der Nation in ihrer Allgemeinheit, aber die Plutokratie wollte es nicht anders haben

als daß damit vor allem und speziell sie gemeint sei. Ja, siehe noch der Besuch in die Zeit Mac Millens! Dieser galt bei den Willkürdären nicht für ganz ebebürtig. Er war der Vertreter des amerikanischen Industrialismus überhaupt, nicht eigentlich des herrschenden Großkapitals. Aber ist nicht Roosevelt einer von den ihrigen? Ja, das ist er, und gerade wie Roosevelt Präsident wird, da kommt der Prinz, woran man doch früher gar nicht gedacht hatte! Und daß der Prinz in seinem Telegrammen stets Herrn Roosevelt persönlich erwähnte, und daß er sich so angelegentlich nach der Gesundheit des Herrn Roosevelt erkundigte, und daß schließlich Roosevelt den Prinzen „im Namen seiner Majestät des deutschen Kaisers“ taufte, und daß der Prinz vor ihr den Hut schwenkte, und daß der Prinz den alten Roosevelt so herzlich die Hand drückte und ihn seine persönliche Freundschaft verdichtete — „nicht viel fehlte, den bei der Wiener- oder Andriestieritz, und er würde ihn, wie der Kaiser Königin, Bruder nennen und auf die Wade küssen!“ Alles, was dem Präsidenten der Republik galt, bezog die Plutokratie auf Roosevelt persönlich, und was sie auf Roosevelt bezog, bezog sie auf sich. Um aber zwischen sich und der Nation öffentlich eine Scheidung zu ziehen, veranlaßte sie das bekannte Freischiff der 137 Großkapitalisten, um man so ganz „en famille“ war.

Man mußte nur noch dafür sorgen, daß dem Prinzen „das Volk“ gegenwärtig werde. Hier trat vor allem die Presse in Aktion. Diese Kapitalherrscher des Kapitals verüben keine Gelehrtheit, um Vorn zu machen. Diesmal überboten sie sich selbst in theatralischer Wichtigthet: Und da jede Provinz und jede Stadt der „neuen Welt“ bereits ihre eigene Plutokratie besitzt, die in ihren lokalen Grenzen sich als die herrschende Klasse betrachtet und den Besuch des Prinzen als persönliche Angelegenheit auffaßt, so war auch überall für den nötigen Prunk gesorgt. Das übrige that die Schaulust der Menge.

Die Reize des Prinzen glich einem Triumphzug — schreiben die Zeitungen. Die amerikanische Plutokratie betrachtet das als ihren Triumph.

Tagesgeschichte.

Halle, 11. März.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag nahm am Montag das Gesetz über den Schutz des roten Kreuzes gegen industrielle Verwendung en bloc an und begann dann die 3. Lesung des Etats. Die Generaldiskussion hielt sich in engen Grenzen; sie brachte nur eine kleine Volendebatte, die dem Reichspostamt weiter geführt werden sollte. Die Wahlen betrafen nämlich, daß die Wähler des Reichspostamtes dem Reichstag des Reichstags wurden, wieder Klagen über die Restauration und Wünsche auf größere Bequemlichkeit für die Reichstagsabgeordneten laut, deren Erfüllung Groß Ballestrum junioke. Beim Etat des Auswärtigen Amtes teilte Graf Pokodowsky mit, daß der Reichstangler durch Unwohlsein am Erscheinen verhindert wäre. Es kam zu keiner politischen Diskussion. Der Antrag des Nationalliberalen Mühlhens über die Errichtung von Handelskammern im Ausland wurde gegen die Stimmen der

Hans Dampf in allen Gassen.

Novelle von Heinrich Büchtele.

Offenbar schien dem Zunftmeister dies nun ein diebisches Wagnis oder sonst ein Werk der Bosheit. Er lief mit vieler Geistesgegenwart, den Thäter handtief zu machen, der, wie bekannt, kein anderer als der Staatsbeamter war, doch hat dieser — denn Hans Dampf istlich sich behend der Vernehmung aller Anklagen zu meiden — ergriff der vorliegende Thäter den Schutzmacher Wk, wohlverdienenden Zunftmeister. Ihn führte sein Schicksal sehr ungelassen aus dem Ratstellers dieses Weges am Unglücksbogen vorbei. Verrag Bregel packte den edlen Zunftmeister mit so fürchterlicher Inbrunst und Unklammernete ihn so fest, daß er sich nicht regen konnte. Eine Reihenfolge hätte ihn nicht mächtiger umwickeln können. Dabei jähre der Thäter mit einer Stimme, die hinaus über Thore und Ringmauern der Stadt vernommen werden konnte: „Zu Wille! Räuber, Mörder, Dieb!“

Der bedrängte Zunftmeister, welcher in der That größere Ursache hatte, zu solchen Ausbrüchen seine Zunft zu nehmen, verdamme sie auch nicht. Beventlicher war noch nie ein Landfrieden gebrochen worden. Im Wille keine Unschuld und Todesgefahr jähre er wetteuernd mit dem Wüterich, der ihm fast die Rippen brach: „Mordio! Geur! Banditen! Mörder, Straßengräber!“

Dies Geheul, dergleichen man seit einem hollen Jahrhundert in Valenburg nicht gehört hatte, verbreitete über die ganze Nachbarrschaft einen panischen Schrecken.

Nedermann verzogelt ein größter Behehdigkeit Gausthüren und Fensterladen von innen, weil man eine ganze Liebesbühne oder den in anderen Wärdern Wohl gewohnter Ausbruch einer Revolution in den Straßen vernimmt, und nur auf den Gassen wandelte, lobt eifertig in entgegengesetzter Richtung davon, um den Wüterich nicht unter die Häute zu kommen.

Die Stadtwachen an den Thoren, meistens alte, gichtbrüchige Leute, denen der läbliche Magistral des Gnadenbrat gab, ergriffen ältlicher, ihre Schleudern und haben sich Wärdern verarmelten sich darin auf beide und schworen, alle für einen

und einer für alle zu sterben, wenn man sie überfallen und angreifen würde. Der Stadt- und Blatmajor Knoll, welcher zufällig auf dem Heimwege zu seiner Behausung den Vorn vernahm und das Durchgängerinnen von Wärdern und Häubern, glaubte daran, sich den langen Federbusch von seinem Fute, damit ihn keiner von der Bande für eine Militärperson halte, und flüchtete flüchtend in den Ratstellers zurück.

Da nun auf diese Weise den Kämpfern niemand zu Hilfe kam, hörten sie nach einer guten Viertelstunde laut zu schreien, weil ihre Stimmen ziemlich heiser geworden waren.

Sie schloßen einander, jeder in gleicher Weise, die einen gegen einander verlegt, mehr als einmal den Kampf erneuert, ohne daß einer den entscheidenden Sieg errungen hätte.

Beide waren des fruchtlosen Kampfes müd, doch wollte keiner den andern fahren lassen.

Sie schloßen einander, jeder in gleicher Weise, zu einem bedachtbaren Gaus, wo ein Weger, wobei der keiner Gevatter war. Nach langen Witten, daß man ihnen die Thür öffne, geschah es.

Der Weger glaubte in den bekannnten Stimmen Mitbürger zu hören, die dem Wüterich an der Gasse glücklich entgegen zu kommen. Sie schloßen einander, jeder in gleicher Weise, die einen gegen einander verlegt, mehr als einmal den Kampf erneuert, ohne daß einer den entscheidenden Sieg errungen hätte.

Beide waren des fruchtlosen Kampfes müd, doch wollte keiner den andern fahren lassen.

Sie schloßen einander, jeder in gleicher Weise, zu einem bedachtbaren Gaus, wo ein Weger, wobei der keiner Gevatter war. Nach langen Witten, daß man ihnen die Thür öffne, geschah es.

Der Weger glaubte in den bekannnten Stimmen Mitbürger zu hören, die dem Wüterich an der Gasse glücklich entgegen zu kommen.

Er vergaß Pfosten und Wunden und alles Konflikt der Verlobung und Katharinen am Fenster und ihr Entgehen beim Anblicke des leeren Brettes. Er irrte den ganzen Abend umher und fand, da er mit einiger Sicherheit heimkehren zu können glaubte, die Stadthore fest verschlossen.

Dies beruhigte ihn ungemein, denn nun überzeuete er sich, daß er sich kein Verbrechen eingelassen. Er überredete also in einem Wirtshaus außerhalb der Stadt, wo er vorgab, sich auf einem Spaziergange veripset zu haben.

5.
Hans Dampf.

Folgenden Morgens kehrte er zu guter Zeit in die Stadt zurück, nicht ohne Verlegenheit.

Teils konnte der stolze Zunftmeister Wühnen sein Ausbleiben von der Verlobung übel deuten, teils ihm irgend ein Umstand dem Zunftmeister Bregel als Ueberheer alles Unheils in seinem Marktkram verateten haben.

Angewidert hoffte er sich auf jeden Fall mit der ihm eigenen edlen Dreistigkeit durchzuschlagen.

Nach schließ in Valenburg alles gar friedlich. Als er aber zu seinem Gaus kam, fand er vor demselben drei Gilstoten eines benachbarten Dorfes, die schon seit mehreren Stunden auf ihn warteten.

Der erste meldete hastig, daß im Dorfe Feuer ausgebrochen sei und man ihn dringen erliche, die Spritzen zu senden, da er den Schüssel zum Ertrinken habe.

Der andere meldete, es wären schon drei Häuser niedergebrannt, aber schon mehrere Feuerprisen aus den umliegenden Gegenden angelangt.

Der Dritte zeigte an, die Brunst sei glücklich seit einer halben Stunde gelöscht.

Hans Dampf strich nachdenklich das Kinn und sprach zu den Bauern, die mit eberbürtig entzündeten Säupfern vor ihm standen: „Ihr Giel, wenn Euer ganzes Dorf abgebrannt wäre, so würde es Eure Schuld sein, denn Ihr hättet zur rechten Zeit so munde dazu hätte thun können. In dem Fall würde ich nicht ausgegangen und nicht nachts über Land gewesen sein. Doch ist es gut, daß das Feuer nun gelöscht ist. Ein anderes Wk meldet Euch vor Ausbruch deselben, damit man auch Zeit genug habe, die Spritzen vorher zu probieren. So geht denn heim und laßt Euren Vertriehern meinen Besuch.“

Er hatte sie kaum entlassen und sein Frühstüch eingenommen, als ihn einer seiner Bettner beugte, der sich den Gegenstand Verlobungsstausaus nicht behagen lassen.

Er kam mit Aufträgen des Herrn Zunftmeisters Wühnen, welchen das Ausbleiben des Staatsbeamters so sehr empört hatte, daß er demselben lächlich melden ließ; aus Verlobung, Heirat und Schwiegerverlobung wird man in Gauslet nicht werden, er möge sich fernhalten nicht mehr um die Gaus der

Nationalliberalen abgelehnt. Staatssekretär v. Richthofen kam auf die Anfrage Bedels in der 2. Sitzung zurück, die sich nach dem Schicksal der verhafteten Dippenstein erheben sollte, die im Kleinen Gefängnis von den russischen Behörden unter dem Verdachte gefangen gehalten und revolutionäre Schriften nach Kurland eingeschickt haben. Aus den Mitteilungen des Staatssekretärs ging hervor, daß das Kaiserliche Amt ein gewisses, nicht allzu großes Interesse an dem Schicksal dieser Deutschen nimmt.

Beim Etat der Kolonialverwaltung wurde der Aufschwung von 30000 Mt. den das Reich für die Errichtung einer Ausfuhrstelle für Auswanderer an die Kolonialgesellschaft zahlen soll, davon abhängig gemacht, daß die Gesellschaft über ihre Zahlungsfähigkeit dem Reichsfinanzamt berichtet. Sonst bot der Kolonialetat keinen Stoff zu weiteren Unterhaltungen. Umfangreicher gestattete sich die Debatte beim Reichsamt des Innern. Hier wurde von untern Genossen Zubeil und Stadthagen das Verbot des Ministers Müller, das die Ausfuhrbestimmungen zum Gemeinrechtgesetz giebt, einer eingehenden Kritik unterzogen. Ursprünglich sollte die Angelegenheit in Form einer Interpellation nach Thern von untern Genossen verhandelt werden, da aber der nationalliberale Reichsbed auf die Frage zu freiesam kam, wurde sofort nach der Stellung genommen. Staatssekretär Graf v. Podawsky gab die Erklärung ab, daß Herr Müller sein Verbot, das in der That höchst bedenklicher Natur gewesen ist, durch ein zweites Verbot in der Hauptsache zurückgenommen hat. — Genosse Wurm kam auf den Mautvorbehalt für die Fabrikinspektoren zurück und erkundigte sich nach der Verordnung zum Schutz der Steinarbeiter.

Graf v. Podawsky suchte die Mautvorbehaltsverordnung in einem milderen Lichte erscheinen zu lassen und verapod, daß die Schutzmaßregeln zu Gunsten der Steinarbeiter demnachst im Reichsanzeiger veröffentlicht werden würden. Genosse Stadthagen wies darauf hin, daß von 54 Städten, die nach der Gemeinrechtsgesetz, weil sie über 20000 Einwohner haben, Gemeinrechtliche errichten sollen, bis zum 1. Januar 1902 nur drei Bevölkerungsnachkommen sind. Der Staatssekretär erklärte, daß die Mauterhebung über die Reichsfinanzämter russischer Arbeiter in deutschen Bezirken gegen die Staatsgesetzgebung ist. Unter Genosse wies darauf hin, daß die Mauterhebung durch die Ausweisung der Russen besonders gegen die Unternehmung gegenüber made und forderte im Interesse der deutschen Arbeiter die Beilegung dieser Ausnahmestellung.

Auf eine Anfrage des Abg. Bajeremann erklärte der Staatssekretär, daß der Gesetzentwurf über die faunistischen Schiedsgerichte erst nach Thern an den Reichstag gelangen würde. Einstimmig angenommen wurde eine Resolution des nationalliberalen Abg. Franke, die die freiwillige Feuerwehr unter die Unfallversicherung stellen will. Heute geht die Debatte weiter.

Preussischer Landtag.

Im Abgeordnetenhaus wurde gestern die Beratung des Kultusrats fortgesetzt. Die Generaldebatte kam zwar zu Ende, der Präsident von Meißner scheint aber der Meinung zu sein, daß bei den einzelnen Titeln die Bedeutung von neuem in erschöpfendem Maße hervorzuheben wird. Er warnte um Schluß der Sitzung vor allzu langer Ausdehnung der Debatten und sagte, daß morgen das Kapitel Universitäten erledigt werden müßte, widrigenfalls er genötigt sein würde, Abendstunden abzuhalten, damit der für die jetzt nach Thern noch übrigbleibende Staatsrat nicht allzu sehr an Ausdehnung gewinnt.

Die Debatte ergab nichts wesentlich Neues. Der Abgeordnete Freiherr von Seeemann war wohl der fünfte Zentrumredner, welcher sich über die Benachteiligung der katholischen Strafenplegerinnen beklagte. Die Geburt des Kultusministers scheint aber unerwähnt zu sein; er erwiderte zum fünftenmal, daß er die katholischen Ordensgesellschaften mit allem Wohlwollen, dessen er fähig ist, behandeln werde. Er verwies dabei die Ultramontanen auf das Gebiet privater Vereinigungen und sprach die seitliche Kritik aus, daß auf diesem Wege eine Lösung der sozialen Frage zu erwarten sei. Die Generaldebatte und Vagenheitskritik, die in der Umgebung von Berlin erörtert worden sind, scheinen in ihm diese mehr als seltsame Ansicht hervorgerufen zu haben. Von allen Zuhörern ist doch aber betont worden, daß ohne Staatshilfe, und zwar ohne ganz energische Staatshilfe, nicht einmal der einen verheerenden Krankheit, die Tuberkulose genannt wird, Herr zu werden ist.

In der Spezialberatung wurden zumeist nur interne Angelegenheiten der evangelischen Kirche, insbesondere die Tätigkeit der Konfirmanden in den einzelnen Provinzen, die Rang- und Beförderungsberechnung der Pastoren erörtert. Von freireligiösen Abgeordneten Wiedemann wurde die Errichtung einer Professur für Biologie angeregt, schon damit die Prüfungskommission für

die Studenten der Naturwissenschaften zweimächtig als bisher zusammengesetzt werden könnte. Heute geht die Debatte weiter.

Ein neues Opfer.

Der Parteigänger Holtz aus Bismarck erhält im Buchhause Gesellschaft; am Sonntag hat das Schwurgericht in Wilmrow einen anderen Parteigänger, den 43jährigen Arbeiter Harder aus Ramin, des Meineschicks für schuldig befunden und zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Genau so wie Holtz soll er den Meineschicks als sozialdemokratischem Parteinteresse begangen haben.

In der Geschichte der deutschen Schwurgerichte wird dieser Prozeß ebenso wie derjenige des Genossen Holtz unergessen bleiben. Holtz wurde verurteilt, weil Kolossiten beschworen, er habe in einem Tumult einen Anstich töten müssen, Harder, weil ein in ihm Wulf lebender Händler und zwei oder drei andere beschworen haben, er habe einen Teller mit Röhre mit Pflanzen eine Stunde später gegeben, als er selbst es angegeben hatte.

Am 8. Februar v. J. kam der Abgeordnete für Rostock, Genosse D. Herzfeld, mit dem Redakteur Genossen Groß von der Unheimlichen Volkszeitung nach Ramin, um eine unentgeltliche Sprechstunde für Redigierende abzuhalten und v. einer Rechtsvereinigung zu begründen. Die Sprechstunde fand in dem Lokale des Wirtes Schwarz statt. Dieser erhielt später ein Strafmandat, weil er entgegen dem Verbot während der Kirchzeit Bier an Kammer Einwohner veräußert haben sollte. Er legte Berufung ein. In der Verhandlung beschwor der als Zeuge geladene Harder, er habe an dem fraglichen Tage zwar Bier bei Schwarz getrunken, aber erst nach der Kirchzeit. Er wisse das so zu genau, als er vor seinem Gange zu Schwarz bei der Arbeiterfrau Niemann einen Teller mit Röhre mit Pflanzen gegeben; es müßte die Mittagszeit also schon vorüber gewesen sein, ehe er zu Schwarz ging. Der im Zuchthaus anwesende Händler Wulf aus Ramin, der dem Harder eines Schickes wegen fern war, trat hervor und bekannte, das sei nicht wahr, er sei bei der Niemann gewesen, als Harder hingekommen sei, das sei aber am 10. Tage gewesen. Wenn Harder Röhre gegeben habe, dann könne dies erst nach seiner Rückkunft von der Herzfeldschen Sprechstunde gewesen sein.

Dieser Wulf reichte dann eine Denunziation wegen Meineschicks gegen Harder ein, die zur Erhöhung der Anklage führte. In der Verhandlung stellten eine Reihe von Personen dem Wulf das denkbar schlechteste Zeugnis aus. Amtshauptmann von Lücher sagte, der Neumund des Wulf sei nicht gerade „ein schlechter zu nennen, immerhin ist er schon vorbestraft“. Bürgermeister Krüger von Neubund deponierte: „Wulf spielt sich auf den Wiedermann hinaus, ihm ist aber nicht zu trauen.“ Aus eigener Erfahrung weiß der Zeuge, daß ihm Wulf einmal eine schmutzige Sache zur Rechtsvertretung angeboten, die er aber abgelehnt habe. Der Amtsrichter Martens hat einmal zum Zeugen nach einem Gerichtstermin, in dem Wulf als Zeuge fungiert hat, über diesen gesagt: „Wulf ist ein Feind“, und wenn er auch gerade dieses harte Urteil nicht zu eigen macht, so müßte er, Zeuge, doch sagen, daß Wulf eine unbedeutende Natur“.

Der Zeuge Holzer ist ein Alt-Ramin; er sagt: „Wulf hat mich oft angeheult und hat dabei allzu offensichtlich eine eingenommene Biederkeit zur Schau getragen, unter der er seine Heuchelei zu verdecken sucht, obgleich ich nicht behaupten will, daß alles an ihm Heuchelei ist. Das harte Urteil über ihn in der ganzen Gegend kann ich nicht kontrollieren, es ist deswegen mein Urteil über ihn nicht abgeschlossen.“ Der Vater aus Ramin bezeugte: „Wulf ist bei Leuten, die etwas auf sich geben, nicht angesehen und nicht beliebt.“ Auch wisse er aus eigener Erfahrung, daß auf die Wahrscheinlichkeit des Wulf gar nichts zu geben sei. Wulf habe ihm in einem Strafprozeß für eine bestimmte Thatfache, die W. ihm erst mitgeteilt habe, sein Zeugnis angeboten; als er dann dem Wulf als Zeuge laden ließ, habe W. genau das Gegenteil von dem beschworen, was er ihm vorher als wahre Thatfache erzählt gehabt habe! Er halte seitdem den Wulf für durchaus unzuverlässig, und den gleichen Ruf genosse W. auch sonst im Dorke.

Die Arbeiterfrau Niemann, bei der Harder die Klöße geessen, bezeugte zwar, das sei er gewesen, nachdem Harder ein zweites Mal in ihre Wohnung gekommen sei, mindestens ein Dutzend Zeugen sagten aber aus, daß Frau Niemann ihnen kurz nach dem Vorfall gesagt habe, Harder habe die Klöße bei seinem ersten Kommen geessen. Harder selbst, der Vater von acht Kindern ist, beteuerte seine Unschuld. Er sei zwar zweimal bei der Niemann gewesen, die Klöße habe er aber beim ersten Male geessen. Eine ganze Anzahl Teilnehmer an der Sprechstunde bezeugten, daß sie Harder erst gegen 12 Uhr im Schwarzdicken Lokale gesehen hätten.

Zwischen der Handlung in Ramin und dem ersten Scherenschnitt vor der Anstalt des Staatsbauweilers, sowie einem Verurteilung vor dem hiesigen Landgericht, der das Unglück bei der Kaffeeküche in allen Wärdern verdingt hatte, und mancher andere um ähnlicher Verbrechen willen die Partei des Stadtschreibers verweigert, verließ sich Hans Dampf doch auf sein Glück, wie ein Cölar, und auf seine Biederkeit, wie ein Cicero.

Unterbreiten geteilt er selbst in der Gieße eine Verhörsstunde, was nach gegen der Stadtschreiber, doch gegen dessen langen Haargopf an, melden sich, als den allerlängsten in Venedig. Herr Munder nicht wenig zu gut tat, während doch laut alten Gebräuche der Stadtschreiber so gut wie ein Bürgermeister verpflichtet war, von Amis wegen eine Votenperiode auf seinen Haargopf zu tragen.

Ein oder zwei rechtschaffenen Bürgern war dieser Haargopf ein Stein des Anstoßes gewesen, und einige patriotisch denkende Weiber hatten schon einmal geschrien, ihm denselben vom Haupte wegzuhauen.

Das Gericht dieser Verurteilung vorbereitete sich schnell durch die Stadt, denn was auch in Venedig und selbst im gesamten Reich der Menschheit, pilgert jedesmal nach in großen Vertrauen von Mund zu Ohr, von Ohr zu Mund zu gehen, bis alle Einwohner beiderlei Geschlechts in das Geheimnis eingeweiht waren. Das neugierige und gewöhnliche Volkchen befand sich dabei recht wohl und erwarpte viel Geld für Zeugnisse.

Beide Parteien riefen sich also und wurden mit großem Gier für den kommenden Statstag.

Dergleichen ward alle Wochen nur einmal gehalten. Ging

Der Staatsanwalt hielt die Anklage aufrecht. Die Vorgänge lagen zwar schon sehr lange zurück. Es wäre möglich, daß die Beschuldigungen sich lerten, denn es ist ein fremd einen gleichgültigen Tag handeln. Hier handelte es sich aber um einen Tag, der im Leben eine besondere Rolle spielt. Die große Bewegung des Tages ist jedoch ihre Wellen bis in das kleine und sonst so stille Dorf. Die Anwesenheit des Reichstagsabgeordneten war ein Ereignis für Ramin, der starke Zulauf aus dem Dorf und der Umgegend bewies dies. Was an diesem Tage geschah, hat sich den Beteiligten ganz besonders eingepreßt, so war es bei den 4 Beschuldigten und so wird es auch bei Harder der Fall gewesen sein. Harder habe bemerkt die falsche Anklage gemacht zu Gunsten des Schwurwirts Schwarz. Der Verteidiger, H. A. Schlichting, unterzog die Anklagen der Beschuldigten einer vernünftigen Kritik und plädierte warm für Freisprechung.

Die Geschworenen berieten eine Viertelstunde. Darauf verkündete ihr Obmann, daß das Schuldig mit mehr als 7 Stimmen gesprochen worden sei. Ihrem Verurteil nach waren die Geschworenen: sieben Gutsbesitzer, vier, Bäcker, ein Fabrikbesitzer, ein Hauptmann a. D., ein Professor, ein Förster und ein Postmeister.

Es erwidert sich, eine Kritik an dem Prozeß zu fassen; die trockene Wiedergabe der Verhandlung spricht eine nur zu deutliche Sprache.

Ein neues Opfer liegt am Boden! Aber die Sozialdemokratie schreitet nur immer schneller vorwärts, auch in Mecklenburg!

Der Breitenbrinck hat sich heute in Remork auf den Schnelldamper Deutschland eingeschifft und damit der Heimat zu. Am Sonntag besuchte er das Stiftungsfest der Deutschen Gesellschaft, wo auch Karl Schurz eine Ansprache hielt, die ausserordentlich kennzeichnend ist für die Wandlung, die in der Stimmung dieses Mannes, der einst vor der preussischen Reaktion stünden mußte, vor sich gegangen ist. Schurz sagte:

„Alle Freundschaften, welche durch gerichtet seien, die deutsch-amerikanische Freundschaft zu vertieren, seien untragbar. Ich bin nicht mehr ein Freund der Menschheit. Der Mensch ist ein Feind der Götter, der Feind der Götter ist ein Feind der Menschheit. Die Freundschaft des Menschen ist ein Feind der Menschheit. Die Freundschaft des Menschen ist ein Feind der Menschheit. Die Freundschaft des Menschen ist ein Feind der Menschheit.“

Gen. wo Brinck heute abgefahren ist, treffen die ersten brieflichen Berichte über den Empfang in Deutschland ein. Danach ist der Begrüßungsausschuss zu einem großen Teile Made der Ehre- und Wohlwollens geworden. Der Korrespondent der Hoff. J. schreibt, es lasse sich nicht leugnen, daß seitens des Publikums mehr und intensiver Kundgebungen erwartet werden waren. Wäseln fühlte man, daß ein gewisser Abwind den Leuten lastete, daß eine undefinierbare und unerklärliche Stimmung sie beherrschte, als fürchten sie, daß der Reichstag ein Verbrechen zu einer Abänderung fähig sei, welche das Land direkt oder indirekt zu Verwickelungen führen könnte, die die Vereinigten Staaten nach der einen oder der anderen Richtung hin engagieren würden.“ Auch somit enthalten die Berichte manche interessante Einzelheiten. Der Korrespondent schreibt, daß der Major von Baltimore auffallenweise in seiner Ansprache an den Prinzen Gertraud des deutschen Kaisers, als dessen Vertreter der Prinz doch nach Amerika gekommen, gar nicht erwähnte; hingegen sagte er, daß die Bürger von Baltimore stets die höchste Ehrfurcht vor dem berühmten Vater des Prinzen und vor der Mutter des Prinzen gehabt hätten, die alle Eigenschaften in sich vereinte, die eine edle Frau kennzeichneten. Der Korrespondent bemerkt, daß sich eine gewisse Tendenz bemerkbar mache, den Umstand, daß der Prinz der Bruder des Kaisers sei, mit Stillschweigen zu übergehen. Diesem sieht sich auch in der amerikanischen Presse sehr nachdrücklich bemerkbar, so freundlich und lebenswürdig auch der Prinz drüben behandelt wird.

25 Jahre Tätigkeit — Erfolg 0! Die Berliner Stadtmission, mit der Gücker einst die Sozialdemokratie durch praktische Liebesarbeit und demagogische Fesselungen vernichtet wollte, hat am Sonntag des 25jährigen Bestehens gefeiert. Söder hat ein Telegramm Wilhelm II. erhalten und ist außerdem, wie schon gemeldet, zum Ehrenbürger ernannt worden. Ob ihn das trüben wird über den jämmerlichen Misserfolg seiner 25jährigen Arbeit?

Heber die englische Thronrede Wilhelm II. wird das Potsdamer Landgericht morgen verhandeln. Der Regierungsoffizier, der der Potsdamer Zeitung die Mitteilung von der

lebenswürdigen bündigen Motive weiter bemerken, auch sich wohl hüten, das jetzt gekannte festestehende Haus niemals wieder zu betreten, was er nicht vermissen wollte, sehr wenig aus einem besten Verweilen zu fassen.

Was nun die Hand der jüdischen Motive betraf, tröstete sich Hans gar bald; auch die angebotene Fahrt aus dem Zentrum schien seinen besonderen Eindruck auf ihn zu machen, da er den ersten Versuch ziemlich gefahrlos gemacht hatte. — doch war die Ungnade des Zedelmeyers darum nicht milder ungelogen, denn dieser Mann hatte bedeutenden Einfluß auf den Rat der Stadt und Republik, welche er auch mit allem Recht verdiente, weil er bei aller Weisheit einer der reichsten Leute des Ortes war.

Der Vater gab indessen gar nicht unbedeutlich zu verstehen, daß Herr Bismarck vollständig die Verantwortlichkeit seines Schicksals in unbeschriebenen Worten auf sich nehmen sollte, nicht der pfiffige Stadtschreiber Munder mit seinen gottlosen Anmerkungen den Jörn des Zedelmeyers tapfer angeblen.

Herr Munder schien nämlich selbst auf den Beifall Raminens und ihrer Schätze gerechnet zu haben; er war ohnedies Dampf's bester Freund nicht, weil dieser ihm einfiel, als er sich um die Stadtschreiberei bewarb, und bei dem reichlichen Nachsicht seiner bittenden Klage machte, das Gesicht unter dem Vorwande, es von angeregten Intelligenzen zu fassen, mit Ramin gar erstickend eingegraben hatte. Munder war nicht der Mann, welcher solchen Vagantentum so leicht vergeben konnte, wären auch zwanzig Jahre darüber vergangen gewesen. Er wußte wenig Worte zu machen, hatte es aber nicht man in Venedig zu sagen pflegt, immer die hinter den Thron; sich feinem in die Augen, wenn er sprach; aber lächelte immer gar verbindlich, wenn er sprechen mußte, und sogar, wenn er in der Kirche hinter dem vorgehaltenen Gute betete: war dabei auf seine Augen, hohere Gefühl ein wenig eitel und behauptete mit großer Selbstgenügsamkeit, sein Schriftsteller in Europa eine so herrliche Rolle zu spielen als

Hans Dampf erfuhr noch gleichen Tages nicht nur die merkwürdigen Folgen seiner geringen Ironie in Bregels Verweise, sondern auch, daß der Stadtschreiber Munder vermehrt, sein anderer als Hans Dampf könne der Stifter des Unheils gewesen sein.

Munder nämlich hatte, als er vom Panitzmeier, seinem Nachbar, die Geschichte erfahren, sofort in eigener Person den

die Regierung noch bedeutiger Sitzung auseinander, so regier ich die beide der Republik, ohne alle Mühe von selbst, denn die Republik ist ein Verbrechen, das in den ibrigen Völkern nicht existiert, und die andere fabrierte Hand, der Zedelmeyer schenkte Wein aus, ein Watscher machte Wurst, ein anderer Brot u. i. v. Genuß, jeder war beifallen und sich bewußt, die materiellen Interessen des Staates auf diese Weise besser als durch Schreiber in Kaulern und Schreier in Ostfalen zu befördern.

In allen Gassen.

Der große Tag erschien, da die gefährliche Lage der Republik behandelbar werden sollte.

Gegebenheiten, wie die der vergangenen Woche, waren seit unendlichen Zeiten nicht geschehen.

Hans Dampf war inzwischen nicht müßig gewesen. Er hatte allen Schönen in der Stadt den Hof gemacht, allen geschworen, er habe nur ihre Willen des Zedelmeyers buchtliche Fehler aufgeweicht. Die dankbaren Schönen hatten dafür ihre Wärdner, die Mütter ihre Ehemänner, und diese ihre im Late befindlichen Freunde gegen den unglücklichen Jörn des Stadtschreibers in Harnisch gebracht. Jedermann erwartete mit Furcht und Zittern den Ausgang der Dinge.

Endlich die Nachtloche klaterte, waren alle Kalandburger und Kalandgerinnen im Wirt nur dem Ratstafel, wenn sie nicht Berufs wegen dort sein konnten.

(Fortsetzung folgt.)

Apophorismen.

Von Marie Ebner-Eschenbach.
Nicht, was wir erleben, sondern wie wir empfinden, was wir erleben, macht unser Schicksal aus.

Die Ambrosia der früheren Jahrhunderte ist das tägliche Brot der Spätkeren.

Nede machte, heißt Ribbenbeck und ist ein Sohn des verstorbenen Reichsratspräsidenten Ribbenbeck aus Magdeburg.

Bei der Reichstagswahl in Coburg-Saaleben, die am Sonntag stattfand, wurde der Bäcker Jessen gewählt. Nach den vorläufigen Feststellungen erhielt er 9968, der Pastor Jacobien-Scherbeck (Deutscher) 4540, Schneidermeister Mahle (Sozialist) 480 Stimmen. Nur das Ergebnis von der Insel Karoo steht noch aus.

Zu der Privatbeilegungslage des Stadtvorordneten Leopold Jacobi in Berlin gegen den Schriftsteller Georg Bernhardt hat bekanntlich ein Artikel in der Welt am Montag Veranlassung gegeben. Er trug die Überschrift: Gemeindefiskus, und erinnerte an Gerichte, die über einen Stadtvorordneten im Schwange gewesen seien. Der Name des Stadtvorordneten war zunächst nicht genannt, die Persönlichkeit war aber so deutlich gekennzeichnet, daß jeder den Stadt. Jacobi erkennen mußte. Als seiner Zeit unzulängliches Gericht wurde u. a. mitgeteilt, daß er einen Betrag über Geld wieder umgekehrt gemacht habe und daß bei diesem Einbrennen betragsmäßig zwei Rechtsanwältin, die Namen von gutem Klang tragen, thätig gewesen seien. Das Gericht habe ihn ferner mit Bucherern in Verbindung gebracht und behauptet, in einem Spezialfall seien einem kleinen Schneidermeister Wechselstühle über mehrere Tausend Mark diskontiert worden gegen Heringabe minderwertiger Ware. Dieser Mann lieh durch sein Geld und seine Verwandtschaft in der Stadtverwaltung hinter den Kulissen einen ganz bedeutenden Einfluß aus, er verschaffe dem kapitalistischen Einfluß im Stadtparlament Geltung; er habe am schiefen die Verdrängung der Berliner Elektrifizationswerke bekämpft und die Stange der Berliner Straßenbahn gehalten, dann aber infolge ganz eigentümlicher vermandtschaftlicher Verhältnisse sich veranlaßt gesehen, plötzlich für die Verdrängung der Siemens u. Halske-Bahn aus wärmte einzutreten. Dies der ungefähre Inhalt des Artikels, der den Stadt. Jacobi zur Erklärung der Privatlage veranlaßt hat, nachdem der Staatsanwalt den Antrag, öffentliche Klage zu erheben, abgelehnt hatte. Dem neben dem Verfasser unangefangenen Kaufmann Lewinski wird zur Last gelegt, daß er mit dem Artikel, der, wie gesagt, keinen Namen enthält, bei der Kundmachung des Privatklages umhergelaufen sei, ihn geguckt und überall betont habe, daß zweifellos Herr Jacobi gemeint sei.

Zur Verhandlung waren über 50 Zeugen geladen, darunter Oberbürgermeister Kirchner, Stadtvorort Krause, Singer, Kangerhausen und eine Anzahl anderer Stadtvorordneten.

Zunächst wird über die Behauptung des Angeklagten Bernhardt verhandelt, daß Herr Jacobi bei einem Geschäftsvorfall an einen Herrn Jantz in den Abrechnungen mit einem Fallstrick seines Geschäftes unehrlich verfahren sei. In dem Falle Jantz wird Jantz Träger vernommen, der f. J. den Vertrag über den Geschäftsvorfall abgeschlossen hat. Der Zeuge Jantz ist nicht zur Stelle. Jantz Träger kann nur über die äußeren Vorgänge, die bei Abschluß des Vertrages abgemakelt haben, Auskunft machen. Es wird von dem Angeklagten in dem Artikel behauptet, daß in dem Falle Jantz der Privatklager den Zeugen — um es kurz auszudrücken — über Jantz gehandelt habe. Von dem Angeklagten war dann außer dem Falle Jantz noch ein Fall Levy herangezogen worden, in welchem der Privatklager zwei Hebr. Levy, die eine seiner Geschäftsführer in der Großen Frankfurterstraße inne hatten, unehrlich behandelt haben soll. Der eine Verteidiger Bernhards, Rechtsanwältin Heine hebt als befremdlich hervor, daß einer dieser beiden Levy krank geworden und der andere plötzlich abgereist sei. Zum zweiten Falle wird der R. A. Rud. Schön, der f. J. eine Zivilklage der Hebr. Levy gegen Herrn Leop. Jacobi eingeleitet hatte, vernommen. Er erklärt, daß er auf eine direkte Anfrage bei dem Hebr. Levy von diesen nicht von seiner Willkür der Unverschämtheit entbunden worden sei. Zeuge H. A. Hahn macht daher nur die Mitteilungen thätigkeits Natur, auf welche sich die Unverschämtheit nicht bezieht. Danach hat Verteidiger Levy am 15. August 1897 gegen Herrn Jacobi Klage auf Schadensersatz auf Grund eines Urteils, an demselben zu glauben und von ihm durch Einzahlung geschädigt sein wollte. Er hatte behauptet, daß nach dem mit Jacobi geschlossenen Vertrage dieser ihm aus seinem Hauptgeschäft die für die Filiale bestimmte Ware zu den Preisen der Originalfakturen unter bestimmt festgesetzten Zuschlägen zu liefern hatte. Hinter dem Rücken des Privatklagers hat Herr Jacobi eine höhere Preis in den Originalfakturen zu berechnen, als er selbst thätigkeits den Fabrikanten zu zahlen habe und so habe sich Herr Jacobi in den 11 Jahren des Filialvertrages um Hunderttausende auf Kosten des Privatklagers bereichert. Ohne sein Vorwissen sei dann zwischen Levy und Jacobi ein Vergleich zu Stande gekommen. Bernhards Verteidiger beantragte Verurteilung und persönliche Verurteilung der beiden Levy und des Jantz, sowie Verurteilung der Privatklager. Das Gericht beschloß demgemäß. Die Sache scheint für Jacobi sehr faul zu stehen, denn seine Verteidiger wandten sich gegen die Verurteilung, weil der Privatklager keine Lust habe, alles Mögliche in die Verhandlung mit hineinzuziehen zu lassen.

Zur Beseitigung des fliegenden Gerichtslandes der Presse hat der Reichsminister nach der Nordd. Allg. Ztg. dem Bundesrat den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung des § 7 der Strafprozessordnung vorgelegt. Verbrechen sollen danach bei Ereignissen der periodischen Presse dort, wo die Zeitschrift erscheint, erfolgt werden, nur im Wege der Privatklage soll die Verurteilung auch am Wohnort des Verletzten, doch nicht an dritten Orten geschehen können. Der fliegende Gerichtsland der Presse, so meint die Nordd. Allg. Ztg., dürfte im weitestlichen als beseitigt gelten. Im weitestlichen nicht! Denn bei Anwendung des fliegenden Gerichtslandes bildeten die Privatklagen das weitaus größte Kontingent.

Wieder zwei polnische Blätter verboten. Der Reichsminister veröffentlicht eine Verordnung des Bundesrates, wonach der in Krakau erscheinende Gaeß, sowie der in Lemberg erscheinende Dziennik Polski auf die Dauer von zwei Jahren für Deutschland verboten sind.

Die Polizei in Kiel handelt streng nach dem Gesetze. Sie hat am Sonntag auch aus einer Versammlung des Bundes der Landwirte die Sinausweisung der Frauen gefordert und durchgeführt.

Ausland.

Frankreich. Die Wahlbewegung hat schon zu Zusammenstößen zwischen den Parteien geführt. In Caen sind sich Nationalisten und Republikaner in die Haare geraten. Der ehemalige Kriegsminister Mercier hatte dort in einer Versammlung gesprochen.

Belgien. Auf das Stimmrecht der Frauen haben bekanntlich vorläufig die Sozialisten verzichtet, die Liberalen

zu einer Stellungnahme für das allgemeine Wahlrecht zu bestimmen. Die Forderungen der Frauen sollen aber trotzdem nicht ganz außer acht gelassen werden. Genosse Vanderveke hat beantragt, eine außerparlamentarische Kommission einzusetzen, die den Antrag haben soll, die Beschwerden und Forderungen der Frauen an die Gesetzgebung zu unterziehen und diesbezügliche Vorschläge zu machen.

Italien. Die Kammer ist am Montag eröffnet worden. Zum Präsidenten wurde Bianchi gewählt. Der Sozialist Costa erhielt 24 Stimmen. Die Stellungnahme der Sozialisten ist vorläufig noch nicht bekannt. Es ist aber scheinlich anzunehmen, daß sie das ungeliebte Ministerium Zanardelli weiter unterstützen werden, nachdem dasselbe sich so arbeiterfeindlich gezeigt hat.

Russenpetitionen gegen den Beschluß des Gesetzgebungs-Komitees sind von dem Reichsausschuss des Reiches einen Abbruch ihrer Macht und beeinflusst besonders stark die Frauen, die zum größten Teil in Italien noch unter der Herrschaft der Priester stehen. Es sollen nicht weniger als 2 1/2 Mill. Unterschriften gegen das Gesetz gesammelt worden sein.

Türkei. Der frische Mann an Bosphorus, bekanntlich ein intimer Freund Wilhelm II., macht mit seinem Verfolgungswahn seinen gläubigen Unterthanen das Leben recht schwer. Waffenverhörungen von Offizieren und Beamten, sowie von Verwandten des Sultans sind eines Alltags. Die Straßen Konstantinopels werden von zahlreichen Petrouillen durchzogen. Eine dicke Kette von Truppen lagert Tag und Nacht um den Palast des Sultans. Die Fremden und Vergnügungssuchenden, die nach Konstantinopel kommen, werden streng bewacht und von Spionen verfolgt. Im Volke ist man sehr erbittert, und ein gewalttätiger Unmut des Volksunwillens ist nicht unmöglich. Zu allem kommt, daß das Kaiserthum des Staates eine chronische Veere aufweisen.

England. In Irland gibt es gewaltig. Die Vereinigte irische Liga geht den Gutsbesitzern zu Weis, indem sie dieselben boykottiert und auf jede Weise schädigt. Eine Anzahl Farmer stehen schon leer, bei anderen müssen die Familien der Wäcker durch Polizei-Intervention geschützt werden. Das die Engländer die Lage für sehr ernst ansehen, geht aus der Nachricht hervor, daß ein Bataillon Infanterie, dessen Mannschaften sich zum größten Teil als Freiwillige nach Südafrika gemeldet hatten, nicht dorthin dirigiert wird, sondern Befehl erhalten hat, nach Irland abzugehen.

Sina. Ein Konflikt mit Rußland hat sich in den letzten Tagen entwickelt. Zur Verfolgung der Räuberbanden, deren Aufreiter im Nordosten Sina gelassen mitgeteilt wurde, ist von den Chinesen ein Truppenabzug unter dem General Wangyun abgemakelt worden. Diesen Truppen, 10000 Mann stark, ist eine Abteilung von 500 russischen Soldaten entgegengetreten und vernebelt den Chinesen den Vormarsch, weil der Eintritt von den Russen als zu ihrem Schutzgebiet gehörig betrachtet wird.

Über die Verteilung der Kriegserträge der Kriegsentwässerung können sich die Mächte nicht einigen. China hat das Geld pünktlich den Banken in Shanghai angewiesen, diese haben es aber nicht angenommen. Die Unmöglichkeit der Mächte wird die Chinesen, die bisher guten Willen bei der Bezahlung gezeigt haben, bald auf den Gedanken bringen, daß es mit der Ausführung der Kriegsentwässerung nicht so eilig ist.

Der Krieg in Südafrika.

Großer Sieg der Buren!

Gestern nachmittags verließ der englische Kriegsmarschall in Unterhaus eine Depesche Richters, wonach der bekannte General Lord Methuen von Burenführer De la Rey angegriffen wurde. Methuen wurde am Schenkel verwundet und gefangen genommen. 41 Engländer wurden getötet, 77 verwundet, 201 worden vermisst.

Nach neueren Nachrichten sollen die Engländer im Kampfe mit De la Rey einen Verlust von 3 Offizieren, 30 Mann tot, 5 Offizieren 72 Mann verwundet, 1 Offizier 300 Mann gefangen, erlitten haben. Außerdem sollen 4 Kanonen in die Hände der Buren gefallen sein.

Lord Methuen, ein in der Londoner Salons eine Rolle spielender Held, hat auf dem südafrikanischen Kriegsschauplatz sich nicht besonders heldenhaft gezeigt. Die Niederlagen von Modderriver und bei Mafeking am Anfang des Krieges kommen schon auf sein Konto. Auch stand die Kolonne, welche schließlich bei Mafeking gefangen genommen wurde, unter seinem Oberbefehl.

Diese Niederlage der Engländer zeigt wieder einmal, wie wenig Glauben die Behauptungen der englischen Staatsmänner vom baldigen Ende des Krieges verdienen. In London war die Erregung in der Bevölkerung beim Bekanntwerden der Nachricht äußerst groß. Die südafrikanische Kriegsführung wurde einer nicht gerade schmeichelhaften Kritik unterzogen. Die Burenführer De la Rey und die Wet haben auf jeden Fall mehr Glück über den militärischen Drill schon geordneten Verfalls-Generalen der Engländer.

Aus Kapstadt wird gemeldet: Hier fand eine Versammlung von 400 Deutschen statt, die erüberen war, um gegen die „Verleumdungspampone“ in Deutschland gegen die englische Armee zu protestieren. Als es jedoch zur Abstimmung einer entsprechenden Tagesordnung kam, wurde diese mit 300 Stimmen gegen 100 abgelehnt. In der Winterzahl blieben die reichen Mitglieder der deutschen Kolonie, während die Kleinbürger und Arbeiter den Protest ablehnten.

Zum Bollkrieg.

Einen neuen Vorstoß haben die Zollvereiner unternommen. Im preussischen Reichstagsparlament haben sie in aller Stille eine Kundgebung vorbereitet, mit der sie jetzt an die Öffentlichkeit treten. Unterzeichnet in erster Reihe von den Abg. Kimburg-Ström, von Hendebrand, Dr. Borck und Herold ist im Landtage der folgende Antrag eingereicht worden:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Bundesrathe dafür einzutreten, daß den von der Mehrheit der Reichstags-Zolltarif-Kommission ausgedrückten Wünschen auf Verhängung des landwirthschaftlichen Zolltarifs über die Zolltarifvorlage hinaus entsprochen werde.“

Der Antrag ist von sämtlichen Mitgliedern der konservativen Partei mit Ausnahme des Abg. Braun von Wangenheim und „bis jetzt“ von der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Mitglieder des Zentrums mitunterzeichnet. Die Freireiservereiner haben ihre Unterstützung bisher verweigert. Die Frektion der Freireiservereiner wollte getrieben über die Unterzeichnung Beschluß fassen. Die Nationalliberalen beteiligen sich an dieser Aktion nicht.

Zu den Gemeinderatswahlen.

Mietleben. Am Sonntag fand im Mietleben Lokale eine öffentliche Gemeindevorläufer-Versammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Bericht der Gemeindevorläufer der dritten Abteilung, 2. Aufhänger eines Gemeindevorsetzers, 3. Wahl eines Kandidaten, 4. Beschluß. Genosse Röder als Referent über den 1. Punkt entließ sich seiner Aufgabe in treffender Weise. Er führt der Versammlung die großen Vernehmlichkeiten des vor zwei Jahren durch Selbstmord begünstigten und vielgeprüften Gemeindevorsetzers Köhler vor Augen und ermahnt, nur Leute in die Gemeindevorstellung zu wählen, die unabhängig und charakterfest sind.

Nachher verzeiht sich noch in längeren Ausführungen über die Interessenvertretung der beiden ersten Klasse und die verschiedenen Privilegien, die hier bestehen, und sprach sich für das Inländerkommen eines Traktanten aus. Seine Ausführungen schloß er mit der Bitte, einen Mann zu wählen, der sich mit dem sozialdemokratischen Programm einverstanden erklärt.

Nachdem dem Genosse Hegler im Sinne der Rührerischen Ausführungen gesprochen hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Wählervereinsammlung der dritten Klasse erklärt sich nach Anhörung jenes Berichts mit der Tagesordnung des Gemeindevorsetzers Röder voll und ganz einverstanden und verpricht mit allen Kräften dafür zu wirken, daß aus diesem ein Vertreter der dritten Klasse gewählt wird, der auf demselben Standpunkte steht wie der Gemeindevorsetzer Röder.

Darauf teilt der Vorsitzende der Versammlung mit, daß bereits im General-Anzeiger ein Kandidat für die dritte Abteilung vorgehoben worden sei und zwar der Zimmermann Albert Dittmar, von wem, ist ihm nicht bekannt.

Der Vorsitzende schlägt nunmehr den Zimmermann Wilhelm Hegler vor. Derselbe wird einstimmig als Kandidat nominiert. Er erklärt, stets für das sozialdemokratische Programm einzutreten zu wollen.

Die Genossen Röder und Jantz e führen noch verschiedene Gründe an, die es unmöglich machen, Albert Dittmar als Kandidat aufzustellen. Hierzu erklärt dieser, daß er nicht wisse, wer ihn aufgestellt habe und daß er überhaupt auf die Wahl nicht verzichte.

Der Vorsitzende feiert die Versammlung nochmals zur regen Mitwirkung an und schließt die Versammlung mit der Bitte, morgen, als am 12. März, im Meinkeischen Lokale nachmittags 3 Uhr zu erscheinen.

Vettin. Die Gemeindevorwahl findet morgen, Mittwoch, den 12. März, abends 8 Uhr im Lokale der Frau Schödel statt. Da die Genossen wissen, daß der Vertreter der dritten Klasse, der dieses Jahr ausscheidet, unsere Interessen vertreten hat, müssen wir ihn wieder wählen. Man nehme es nicht gleichgültig an und denke, wir kommen doch durch, es könnte möglich sein, daß wir Segner haben. Darum Genossen, da es uns so günstig geboten wird, abends 8 Uhr zu wählen, so müssen wir mit aller Bestimmtheit dem bisherigen Vertreter zum Siege verhelfen. Der Vertrauensmann: O. H.

Zehnen. Als Kandidaten für die dritte Abteilung hat der Sozialdemokratische Verein den Genossen Wilhelm Schödel aufgestellt. Die Wahl findet am Freitag, den 14. März, abends 7 Uhr in der Goldenen Krone statt. Agitiere jeder Genosse für die Wahl des Genossen Schödel.

Versammlungsberichte.

Brauer.

Eine öffentliche Versammlung aller in den Brauereien Beschäftigten Personen tagte am 1. d. M. im Beisein des Reichsausschusses der Brauerei-Verenigung, die zu mindestens 10000 Mitgliedern die Kollege Bauer-Hampover referierte über die wirtschaftliche Lage der Brauereien, speziell der Brauereiarbeiter. Zu Punkt 2. Arbeitsnachweis betreffend, wurde von vertriebenen Mitgliedern auf die noch bestehenden Mängel hingewiesen und ein Antrag an den Reichsausschuss der Brauerei-Verenigung, in welchem um Abhilfe erhtet wird. Am Vertriebenen lieder ist anmeldeur Bundesbeilage Propaganda für seine Ideen machen zu wollen, indem er in seinen Ausführungen auf das gute Einvernehmen zwischen Arbeiter und Bund und auf die angeblichen Ertragsminderungen des Bundes hinwies. Als er aber auf die Entschlossenheit der Brauereiarbeiter, speziell auf den letzten Kongress, und den letzten Hinweis, um ein Stürm der Entrüstung durch die Versammlung. Vertriebene Redner, u. a. Kollege Bauer, traten den Ausführungen des Bundesgetellen schart entgegen. (S. 7. 3.) H. H.

Bau- und Erdarbeiter.

Au der Versammlung am 4. März wurden neun Mitglieder aufgenommen. Angenommen wurde folgender Antrag, welcher von den Ortsverwaltungen der Fabrik- und Bauarbeiter eingehend erörtert worden ist:

1. Die Fabrikarbeiter, die auf Warten bedürftig sind und in der Fabrikarbeiter-Organisation find, werden in letzterer belassen. Jedoch sind die Betreffenden verpflichtet, an einer Organisation den Beitrag zu leisten, die die Bauarbeiter in ihre Zahlstelle. Gleichzeit haben dieselben der Kontrolle der Bauarbeiter-Organisation der Bauarbeiter sich zu fügen.

2. Diejenigen, welche noch nicht organisiert sind oder die organisiert waren und auf Warten arbeiten, dürfen nicht in den Verband der Fabrikarbeiter aufgenommen werden. Die Fabrikarbeiter der betriebsfremden Organisationen haben die Verpflichtung, die Mitgliederaufnahme alle 14 Tage auszuruecheln. Wie die Auswechslung am vorteilhaftesten geschieht, haben die Fabrikarbeiter unter sich zu regeln.

Ein Antrag, welcher von dem Genossen Eißler (Fabrikarbeiter) gestellt war, besagt, daß diejenigen Fabrikarbeiter, die bis zu 4 Wochen auf Warten bedürftig sind, von dem erhöhten Beitrag befreit werden; dieser Antrag wurde abgelehnt mit der Begründung, daß über diese Arbeiter keine genügende Kontrolle ausgeübt werden könnte und daß die Betreffenden ganz auf den erhöhten Beitrag leisten können. Weiter wurde, da das Mitglied A. Weigner Verleumdungen in einem Heftungen gegen den Kollegen B. Deder ausgeföhren hat, folgender Antrag einstimmig angenommen:

Die heute am 4. März tagende Mitglieder-Versammlung erkläre in den Aeuerungen des Kollegen A. Weigner, die er über den Kollegen B. Deder anderen gegenüber gemacht hat, eine Gemeinheit und erklärt, daß, wenn der Kollege A. Weigner wieder solche Verleumdungen der Ortsverwaltung anderen Mitgliedern gegenüber ausföhrt, er aus dem Verband ausgeschlossen wird.

Als Stillschaffter für Vettin wurde A. Stielmader gewählt. Zum Schluß geht der Wohlwollendste noch bekannt, daß jedes Mitglied der Zeitschrift Zeitschrift ist, sofort abgesetzt soll. Wer die Karte Nr. 3 nicht erhalten haben sollte, möchte es ihm sofort mitteilen. (S. 9. 3.) P. G.

Litteratur.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 22. Heft des 20. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervorzuheben: Freireiservereiner. — Zur Frage des Minimallohn-Zertrags. — Ueber Zeitgenossen. — Von B. Feuerstein. — Der Arbeiterkampf in Spanien. — Von S. Vogel. — Der ist Schulher: Reich, Staat oder Gemeinde? — Von Heinrich Schulz (Magdeburg). — Sozialpolitische Umchau. — Von Emanuel Wurm. — Splinter.

Verantwortlicher Redakteur: H. Weismann in Halle.

Jeder Käufer verlange beim **Einkauf** **Rabatt-Marken** oder **Rabatt-Sparbücher** **Jede** **Schneiderin** erhält auf Wunsch ein sehr praktisches **Massbuch gratis** **H. Elkan** **Leipzigerstr. 87.**

Achtung!
Mittwoch den 12. März abends 8 1/2 Uhr auf der „Wilhelmshöhe“
Galle-Giechdenkeim
große öffentliche
Versammlung
für Männer und Frauen.
Tagesordnung: 1. Vortrag: Der Kampf ums Dasein in der Krise.
Referentin: Frau **Ziots**, Hamburg. 2. Diskussion.
Blickt aller Arbeiter und Arbeiterinnen ist es zu erheinen.
Der **Einberufer**.

Weissenfels.
Öffentliche Volks-Versammlung
Verband der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen Deutschl.
Sonntag den 15. März abends 8 1/2 Uhr in der „Reichstrone“.
Tagesordnung: 1. Der Kampf ums Dasein während der Krise.
Referentin: Frau **Ziots**, Hamburg. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Dis-
kussion.
Die Kollegen und Kolleginnen werden erücht, recht pünktlich zu er-
scheinen.
Die Ortsverwaltung.

Zeitz.
Öffentl. Volksversammlung
Freitag den 14. März abend 8 Uhr im Heiteren Blick
Tagesordnung: 1. Sträußchen aus dem Ordnungssinn. Referent:
Reichstagsabgeordneter **Ad. Thiele**, Halle. Diskussion und Verschiedenes.
Entree pro Person 10 Pf.
Alle Arbeiter und Arbeiterinnen werden gebeten, zu erscheinen.
Der **Einberufer**.

Sozialdem. Verein Hohenmölsen.
Versammlung.
Sonntag den 16. März nachm. 2 Uhr im Bahnhof-Restaurant
Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht über
Agitation. 3. Vortrag unseres Reichstagsabgeordneten **Ad. Thiele**, Halle,
über: „Weltpolitik und wirtschaftliche Krisis.“ 4. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Mitglieder erüchtet.
H. Feinold, Vorsitzender.
Wähe haben Zutritt.

Achtung, Genossen!
Alle, die ihr schulpflichtige Kinder habt!
Vorrätig sind:
sämtliche Schulartikel.
Tornister, Schultaschen, Tafeln, Schreibhefte, Tinten,
Federn, Bleistifte, Sprachschulen, Rechenbücher, Zibelen,
Lesebücher, Rechenkücher, Zeichenhefte, Zeichenbloss,
Reizzeuge u. s. w.
Volksbuchhandlung Halle
Geißestraße 21, Hof parterre.
Gustav Schmidt, Geschäftsführer.

Unter allen **Kaffeemitteln** ist und bleibt
der
Hechte Franck-Kaffee
in Holzkisten und Paketen,
durch seinen vorzüglichen Wohlgeschmack und seine uner-
reichte Angieblichkeit an Farbe und Kraft
der
allerbeste
und daher der billigste Kaffeezusatz.
Man achte auf Schutzmarke und Unterschrift:

Heinrich Franck Sohn
Lehrbergstr. 4, Basel, Mailand.
Lina 70, Hamburg, Kassel, Kassel, Agram, Pola, Venedig, Neapel, Padua.

Jeden Mittwoch
Schlachte-Geist.
Oskar Heller,
Eisenweg 32,
Telephon 2170.
Jede neue **Ringschneidemaschine**
sofort haumend billig zu verkaufen.
Geißestraße 21, 1. Etzpe.
Eine anständige Zigarre
gibt es noch immer bei
Eisenwegstr. 32
Paul Drietchen,
109.

Stadt-Theater Halle a. S.
Mittwoch den 12. März 1902
Abends 7 1/2 Uhr:
170. Vorst. i. B. N. 51. Vorst. auß. Ab.
4. Viertel.
Es lebe das Leben.
Drama in 5 Akten von **S. Endermann**.
Donnerstag den 13. März 1902
Abends 7 1/2 Uhr:
177. Vorst. i. B. N. 120. Abonn.-Vorst.
1. Viertel. Farbe rot.
Alt-Heidelberg.
Schauspiel in 5 Akten von **Wilhelm
Meier-Hörner**.

Walhalla-Theater
Direktion: **Richard Gubert.**
Gr. Brillant-Vorstellung
? Comtesse X. ?
mit ihrer mysteriösen Ballonfahrt
durch den Theateraal.
Sensationell!
The Marco Twins.
Die unvergleichlichen, urkom-
ischen Grotesk-Komödianten.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Apollo-Theater.
Direktion: **Gustav Poller**
am Wiechplatz, nächste Nähe vom
Bahnhof.
Täglich: Der völlig neue,
brillante Spielplan.
The 7 Allisons
Barriere-Akrobaten auf lebenden
Biedestulen. **Ohne Konkurrenz!**
??Zacianu??
Clever u. Piccolo
große urkomische Szene in einem
Restaurant.
Ullaabendlich feinstimmiger Vacherfolg!
Und das übrige große
Schlager-Programm.
Anfang 8 Uhr. Ende geg. 11 Uhr.

Presslers Berg.
Dienstag
gr. Schlachte-Geist.
Hierzu ladet freundlichst ein
Fr. Sachse.

Kranzstauer Keller, Zeik.
Mittwoch den 12. März
Kaffee-Kränzchen.
Erp. ladet ein **H. Kahn.**

Die Restbestände
meines großen
Möbel- u. Polsterwaren-Lagers
sollen wegen Aufgabe des Ge-
schäfts zu jedem annehmbaren
Preise verkauft werden.
A. Brauer,
Breitestraße 16.

Sie sparen viel mehr, kaufen
1 Pfd. geröst. Kaffee zu 75 Pf.
Gar. rein. Sakao a Pfd. 110 Pf.
1/2 Pfd. kostet 20 resp. 30 Pf.
Saker-Nähr Sakao a Pfd. 80 Pf.
Wenn nicht tabellos, Mügg. verlangt.
Koll. Kaffee u. Sakao-Verwand. Gleich.
Mittwochstr. 21,
Otto Bornschein, neb. Gr. Steinstr. 14

Kartoffeln!
Die so allseits beliebt, hochfeine
Thüringer Ware ist wieder frisch ein-
getroffen.
S. Herdan,
Galle-Giechdenkeim, Eisenwegstr. 9
Teleph. 217. Bestell. pünkt. resp. Haus.

Möbelfabrik u. Magazin
Bernhard Grunwald,
Rathausstraße 2,
empfeilt sein großes Lager selbstgefertigter
Möbel, Spiegel und Polsterwaren
zu billigen Preisen.
Permanente Ausstellung kompletter Zimmereinrichtungen.
Langjährige Garantie.
Besichtigung jederzeit gern gestattet.
Transport durch eigenes Geschirr frei Haus.
Telephon Nr. 759.

Eine wirtschaftliche Sünde
begeht jede Hausfrau, die es unterlässt,
Dr. Thompison's Seifenpulver, Marke **Sawan**,
zu verwenden, das ohne viele mühsame Handarbeit, bei
größerer Schonung der Stoffe die Wäsche zugleich reinigt
und schneeweiß macht, also Zeit, Arbeitskraft und
Geld erspart.
Alleiniger Fabrikant: **Ernst Sieglin, Düsseldorf.**

Volksbuchhandlung
Geißestraße 21, Hof parterre rechts
empfeilt sich zur Lieferung
aller Moden-Zeitungen, Zeitschriften,
von Werken
sozial-politischen und wissenschaftlichen Inhalts,
gebunden und in Heften.
Sobald erschienen:
Decken zur Neuen Welt 1901.
J. A. G. Schmidt.

Fr. Fricke, Pantoffelfabrik,
Drehauptstr. 2,
neben dem neuen Postamt Nr. 7.
Empfehle mein großes Lager aller
Arten:
Satz-Pantoffel, Leder-Pantoffel,
Blüsch, " " " " " " " "
Kord, " " " " " " " "
Sammt-Pantoffel.
Für Wiederverkäufer Lieferung durch
eigenes Geschirr frei Haus.
Ferner: Ein Vollen die Herren-
und Damen-Lederstühle billig
damit zu räumen; darunter eine Partie
Damen-Lackwagenschuh a Paar
3.50 Mk. Sa. Segelstuh-Schuh in
allen Größen in schwarz und braun.
Turnschuhe für Herren, Damen u.
Kinder in Segeltuch und Leder mit
Gummis oder Ledersohlen.
Eintagessohlen, Lederfette,
Appreturen.

Möbel und Goldwaren
als Konfirmations-Geschenke pa-
fend, empfiehlt Freunden u. Genossen
O. Baumann,
Geißestraße 23, 1.
Reparaturen billigst.

Möbel
garantiert solide Ausführung in allen
Preislagen, sowie Spiegel, Tru-
meaux und Polsterwaren empfiehlt
billigst
Franz Boas,
Metelstraße 10.

P. Jhlefeldt
Goldschmied
15 Rathhausstraße 15.
Reichhaltiges Lager in passenden
Konfirmations-
Geschenken.

Erythrobes Hustenmittel
ist mein selbstgefertigter, schwarzer
Johannesbeerensaft.
Karl Krütgen,
Universal-Druggerie
Merseburgerstraße.

Nr. 55.
Hochfeine 5 Pfennig-Zigarre
Batavia-Pflanzer
10 Stk. 50 Pf.
von hervorragendem Geschmack
empfeilt
Otto Gantz,
Zigarren-Spezial-Geschäft,
86 Könnigstr. 86.

Gelegenheits-Käufe!
Als ganz Besondere empfehle in gro-
ßer Auswahl in **Ruhbaum, Maho-
goni und Eiche, Büffels, Herren-
Schreibtische, Bücher-Schränke,
Büch. Vertikons, Buchschmel-
Kontrollen, Steg, Ausziehtische,
Trumeaux, Spiegel, Kleiderstän-
de, Vaneelstän, Garnituren in
Seide u. Blüsch, Tücher, Sofas,
Chaiselongues, Bücher-Schränke,
komplette Schlafzimmern-Einrich-
tungen, echt Ruhbaum, ebenjo imit.,
auch einzelne Westfelle mit u. ohne
Matrassen, Waschtische mit u. ohne
Marmor, Kleider- und Wäsche-
schränke, vollständige Küchen-Ein-
richtungen, ferner Leptische, Por-
tieren, Tischdecken u. v. m. verkauft
sehr billig**

Fritz Grimm,
Zigarren-Spezialgeschäft
Neil- u. Buchererstr. Ecke
empfeilt allen Kunden,
die eine wirklich gute
5 Pf.-Zigarre
rauchen wollen, seine

Arbeitsbürche
für Malerei geücht.
Machfabrik Merseburgerstr. 158.
Für **Weiblich- u. Arbeiter**
taubere stellen dauernd sofort
ein. Merten unt. B. m. 2005 an
Hudolf Woffe, Brüderstraße.
Spott-Wagen mit Gummireifen,
gut erhalten, billig zu verkaufen.
Hera **Kling**, Hermannstr. 3, v.
Gut erhaltener **Kinderwagen** mit
Gummireifen, preiswert zu verkaufen.
Kurfürstenstr. 97, 11 v.
Schwarzer Hund
zugekauft **Mähren, Wähle.**

Friedrich Peileke,
Geißestraße 25.
N.B. Alte Möbel nehme mit in
Zahlung.
No. 58.

Deutscher Reichstag.

161. Sitzung, Montag, den 10. März 1902, 1 Uhr.

Am Bundeskanzler: Graf Solovomsh, Herr. von Nicht-

hosen. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zum Schutze des Geistes Eigentums.

Berichterstattet ist der Abgeordnete Dr. Endemann (natl.). § 1 gestattet die Verwendung des „Noten Kreuzes“ zu geschäftlichen Zwecken z. nur auf Grund einer besonderen Erlaubnis. Die Erlaubnis wird von den Landeszentralbehörden nach dem vom Bundesrat festzusetzenden Grundsatze erteilt. Die Kommission beantragt folgenden Zusatz: Die Erlaubnis darf Vereinen oder Gesellschaften, welche sich im Deutschen Reich der Krankenpflege widmen und für den Kriegsfalle zum militärischen Sanitätsdienst zugelassen sind, nicht verweigert werden. Auf Antrag des Bringen Schönau-Carolath (natl.) wird das Gesetz in bloc angenommen.

Dritte Lesung des Reichshaushaltsatzes.

Abg. Dr. v. Komierowski (Pol.): Die Behauptung des Abg. Dr. Sattler, die russischen Schulen in Galizien seien untauglich, ist nicht richtig. Jede Schule hat dort nur eine Unterrichtssprache, der Religionsunterricht wird nach den verschiedenen Konfessionen getrennt erteilt. Das Verhältnis der Gefühle des polnischen Volkes steht dem Abg. Sattler vollständig fern. Redner bekennt sich über das Defizit polnischer Briefe durch die Behörden.

Abg. Dr. Hoff (natl.): Die Anfrage auf den jetzt franken Abg. Dr. Sattler ist unerbittlich; die sachliche Erwiderung wird Dr. Sattler dem Vordruber nicht schuldig bleiben. Präsident Graf Vallerstein: Wenn es richtig ist, daß Abg. Dr. v. Komierowski dem Abg. Dr. Sattler Altmeyermeister vorgezogen hat, so vertritt das gegen die Ordnung des Hauses. Nach Einsichtnahme in das Stenogramm wurde ich das Weitere veranlassen.

Abg. v. Adel-Whorff (Pol.): Preussens Volk hat nicht nur die Rechtsbrüche von 1866 sondern auch unsere inneren Verhältnisse verurteilt. Erst wenn die politischen Grundverhältnisse beseitigt sind, ist ein mitteldeutsches Zollband möglich. Staatssekretär des Reichsjustizministeriums: Wenn Briefe in polnischen Briefkästen gefunden werden, so ist nach dem Maßgabe der Bestimmungen der Post durch Beamte, die sich um den Inhalt der Briefe nicht zu kümmern haben. Das geschieht aber auch in anderen Gemeinden.

Abg. v. Ziemkowski-Doman (Pol.) erklärt, daß er bei der Spezialberatung des Vortrages nachweisen werde, daß in Polen das Briefgeheimnis durch Postbeamte verletzt sei. Damit schließt die Generaldiskussion. Die Spezialdebatte beginnt mit dem Etat des Reichsstaats. Abg. Eichhoff (frei. Volksp.) bringt Beschwerden über die Restauration zur Sprache und wünscht die Anstellung eines besonderen Beamten zur Führung der Protokolle in der Budgetkommission, Gewährung von Urlaub an die Bibliothekare, sowie Schaffung eines neuen Bibliothekarsstelle.

Präsident Graf Vallerstein: Der Antrag, einen Beamten zur Protokollführung in der Budgetkommission anzustellen, werde ich näher treten. Bezüglich der Wünsche betr. die Bibliothek werde ich den Herrn Vordruber an die Bibliothekskommission.

Abg. Fischer (frei. Volksp.) wünscht eine Reparatur der Anlage im Reichsstat und beklagt sich darüber, daß die fönigliche Tiergartenverwaltung so wenig für die Instandhaltung der Wege zum Reichstag sorgt.

Präsident Graf Vallerstein meint, er habe auf die Tiergartenverwaltung keinen Einfluß. Der erste Wunsch des Vordruber soll bald erfüllt werden. Der Etat wird hierauf bemittelt.

Es folgt der Etat des Reichsfinanzlers. Abg. Dr. v. Ziemkowski-Doman (Pol.) polemisiert gegen die Ausführungen des Reichsfinanzlers, daß die Gefahr einer Polonisierung Deutschlands vorliege. Aus der Verlesung geht hervor, daß die Kritik der Regierung gegen die Polen Reichsfinanzen nicht verstanden ist.

Staatssekretär Graf Solovomsh: Der Reichsfin., daß Reichscredit vor Vordruber geht, gilt nur für solche Gebiete, wo reichsrechtliche Regelungen erfolgt sind. Das hier in Frage kommende Gebiet betrachtet die Regierung nach wie vor als eine rein preussische Angelegenheit. Damit schließt die Diskussion. Der Etat wird bewilligt.

Präsident Graf Vallerstein: Aus dem Stenogramm ersehe ich, daß Abg. v. Komierowski gesagt hat, der Abg. Sattler hätte eine Polemik in Altmeyermeister geführt. Ich rufe den Abg. Dr. v. Komierowski dafür zur Ordnung.

Es folgt der Etat des Auswärtigen Amtes. Abg. Münch-Gerber (natl.) bittet um Annahme seiner Resolution, die den Antrag, die Unterordnung der Frau Kinder durch väterliche Beamte in Volangen zurück. Die Frau befindet sich z. B. noch im Gefängnis zu Veitau. Aus Gründen des Gemanens ist der kaiserliche Hofkammer angeordnet worden, für die Frau einzutreten. Er teilt mit, daß die Frau im Verdachte steht, revolutionäre Drucksachen nach Russland eingeschmuggelt zu haben. Die Untersuchung war im Januar beendet, der Abklatz der Verhandlung steht unmittelbar bevor. Nach dem dem Hofkammer in Petersburg zugegangenen Mitteilungen hat die russische Behörde beordert, daß das Ehepaar verbotene Drucksachen eingeführt und sogar eine Niederlage verbotener Bücher eingekauft hat. Daher, daß verurteilt war, daß Ehepaar in Anstalts über die russische Grenze zu bringen, hat sich kein Anstandspunkt gezeigt. Ueber schlechte Behandlung hat sich die Frau nicht beklagt. Wir werden uns übrigens weiter dieser Frau annehmen.

Abg. Cahnensky (Zentr.): Wir können für die Resolution nicht stimmen; wir halten die Kontraktbeamten für durchaus geeignet, deutschen Firmen über die Verhältnisse im Ausland Auskunft zu erteilen.

Staatssekretär Herr. v. Nichtshofen: Eine Reihe von Handelskammern stehen auf dem Standpunkt, daß die Erziehung von Handelskammern im Ausland nicht nötig sei. Ich bitte, die Resolution abzulehnen. Damit schließt die Diskussion. Die Resolution Münch-Gerber wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen abgelehnt. Es folgt das Kapitel: Gefändnisse und Kon-

silate. Staatssekretär Herr. v. Nichtshofen kommt auf den vom Abg. Vebel vom 1. März 1902 über die Verlesung der Frau Kinder durch väterliche Beamte in Volangen zurück. Die Frau befindet sich z. B. noch im Gefängnis zu Veitau. Aus Gründen des Gemanens ist der kaiserliche Hofkammer angeordnet worden, für die Frau einzutreten. Er teilt mit, daß die Frau im Verdachte steht, revolutionäre Drucksachen nach Russland eingeschmuggelt zu haben. Die Untersuchung war im Januar beendet, der Abklatz der Verhandlung steht unmittelbar bevor. Nach dem dem Hofkammer in Petersburg zugegangenen Mitteilungen hat die russische Behörde beordert, daß das Ehepaar verbotene Drucksachen eingeführt und sogar eine Niederlage verbotener Bücher eingekauft hat. Daher, daß verurteilt war, daß Ehepaar in Anstalts über die russische Grenze zu bringen, hat sich kein Anstandspunkt gezeigt. Ueber schlechte Behandlung hat sich die Frau nicht beklagt. Wir werden uns übrigens weiter dieser Frau annehmen.

Abg. Vebel (Zentr.): Eine Verurteilung der Frau kann nach meiner Auffassung nicht erfolgen, selbst wenn ich auf preussischem Boden ein Krieger von in England verbotenen Schriften gehabt hätte, aber mit Nutzen in Verbindung stehende hätte. Strafbare wäre für mich, wenn ich solchen Schriftensammlungen auf russischem Boden selbst betriebe hätte, ob das aber wahr ist, muß man erst abwarten. Meine Bemerkung von dem Verlaufe, das Ehepaar zungunsten über die Grenze zu schaffen, kommt aus

direkter Quelle, ich werde Angel anfordern, kein Beweismaterial den Behörden mitzuteilen.

Staatssekretär Herr. v. Nichtshofen: Die russischen Behörden behaupten eben, daß die Frau den Schmutz auf russischem Boden getrieben hat. Die russischen Behörden verziehen in solchen Dingen keinen Spatz und Schmutzler sind eher etwas kräftigen Behandlung ausgesetzt. Damit schließt die Diskussion. Bei Kap. Allgemeine Staatsverwaltung.

Abg. Dr. Hoff (natl.) die Errichtung einer Zentralstelle zur Kontrolle deutscher Schulen im Auslande. Staatssekretär Herr. v. Nichtshofen sagt Berücksichtigung dieses Wunsches für das nächste Jahr.

Abg. Schröder (Zentr.) sagt, schließt sich dem Wunsch des Abg. Dr. Hoff an. Das Kapitel wird bewilligt; es folgt das Kapitel Kolonialverwaltung. Hierzu liegt eine Resolution Cahnensky (Z.) vor, die der deutschen Kolonialverwaltung 30000 M. Zuschuß zur Errichtung einer Auskunftsstelle nur mit der Maßgabe gestattet wird, daß die Deutsche Kolonialverwaltung dem Reichskanzler Bericht erstatten soll.

Staatssekretär Herr. v. Nichtshofen: Die verbündeten Regierungen erheben keinen Widerspruch gegen die Resolution, da die Deutsche Kolonialverwaltung bereit erklärt hat, die Bedingungen, die die Resolution stellt, zu erfüllen. Die Resolution wird gegen die Stimmen der Linken und einer Minderheit des Zentrums angenommen. Damit ist der Etat des Auswärtigen Amtes erledigt. Der Kolonialetat wird gebilligt erledigt.

Ein Etat des Reichsstaats des Innern liegt eine Resolution Franken (natl.) vor, die ein Gesetz betr. die Unfallfürsorge bei freiwilligen Arbeitsangeboten veranlaßt.

Abg. West-Verderber (natl.): Bei der Abgabe zum Gewerbegerichtsamt ist beschließen worden, in allen Orten mit über 20000 Einwohnern Gewerbeämter zu errichten. Minister Müller hat nun einen Erlaß veröffentlicht, wonach in allen Orten mit über 20000 Einwohnern, in denen bereits irgend welche gewerbliche Schiedsgerichte bestehen, die Errichtung von Gewerbeämtern unterbleiben soll. Hier liegt eine mündliche Anweisung der Minister, in allen Orten mit über 20000 Einwohnern hat der Reichstag diese Stellung zu dem betreffenden Beschluß des Gesetzes nimmt.

Abg. Jubel (Zentr.): Bei der Schaffung des Gesetzes ist es wohl keinem eingeleitet, daß ein Minister das Gesetz so interpretieren könne. In der Kommission wurde ausdrücklich festgestellt, daß Gewerbeämter auch nach bestehenden Schiedsgerichten zu errichten sind. Der Reichstag hat bei seiner Interpretation lediglich dem Wunsche des Verbandes deutscher Industrieller nachgegeben. Wenn der Herr Staatssekretär heute nicht eine verbindende Erklärung abgibt, durch welche die Verordnungen des Ministers Müller aus der Welt geschafft wird, so muß der Reichstag nach dem Gewerbegerichtsamtgesetz eine Stellung geben, welche eine solche Interpretation unmöglich macht. Durch diese Verordnung werden 54 Gemeinden betroffen, die dem Gesetz nicht nachgegeben sind. Sogar der Abg. Trimbom hat sich mit dieser Interpretation einverstanden erklärt (Widerpruch des Abg. Trimbom), so ist es durch die Presse gegangen. Ich bin gespannt, ob Herr Trimbom, der Vater dieses Gesetzes, seinen Kinde die nötige Rührung verschaffen wird. (Beifall b. d. Zentr.)

Abg. Trimbom (Zentr.): Der Herr Vordruber hat in beredten Worten meine Vaterstadt herausgehört. Vaterqualitäten sind besondere Qualitäten und auf parlamentarischen Gebieten ist es besonders schwer, Vater zu werden. (Gr. Beifall.) Auch habe ich es noch nicht zu solcher Beifälligkeit gebracht, daß mich ein preussischer Minister bei Erlaß eines Gesetzes um mein Gewerbeamt in der Provinz (Beifall) Der erste Satz des Reichsstaats: „Jede Gemeinde mit mehr als 20000 Einwohnern muß zu einem Gewerbegerichtsamt geordnet werden“, ist ganz korrekt, nur der zweite Satz stimmt mit dem Gesetz nicht überein. Ich möchte dem Handelsminister nicht die Kompetenz geben, auf dem Wege des Reichsstaats die Instandhaltung der Gewerbeämter zu beschließen. (Beifall im Zentr.)

Staatssekretär Graf Solovomsh: In dem Berichte zu dem Entwurf von 1875 ist ausdrücklich hervorgehoben, es solle ermöglicht sein, eine Teilung der Gewerbeämter in mehrere Sektionen vorzunehmen. Aus dem Inhalt des geltenden Gesetzes folgt, daß für alle Arbeiter ein Gewerbeamt errichtet werden muß, daß dieses aber nach Verufen oder nach der örtlichen Lage geteilt werden kann. Nach dem Inhalt des Gesetzes soll das Gewerbeamt in drei Sektionen geteilt werden, es ist dabei ausgeschlossen, daß räumlich auseinanderliegende Orte zusammen ein Gewerbeamt erhalten.

Der Herr Handelsminister hat am 8. März 1902 ein Merkblatt an die Oberpräsidenten erlassen, in dem es u. a. heißt: Es war nicht die Absicht des Reichsstaats, das Gesetz betr. die obligatorische Eintragung von Gewerbeämtern im Reichsstaatsgesetz. Der neue Erlaß heißt nun hervor, daß der Bezirksausweis dafür zu sorgen hat, daß die praktischen Bedürfnisse der Gemeinde befriedigt werden und die Absicht des Gesetzgebers zur Geltung kommt. Kommt in einer Gemeinde auf diese Weise ein Gewerbeamt nicht zu Stande, so hat die Zentralbehörde zu entscheiden. Sie sehen also, der Herr Handelsminister hat nicht die Absicht, die Absicht des Reichsstaatsgesetz zu ändern. (Beifall im Zentr.)

Abg. v. Salisch (natl.) fordert gesetzliche Maßregeln gegen das Geheimnisschreiben.

Abg. Wurm (Zentr.): Als von unserer Seite über Ungleichheiten in der Fabrik des Herrn Schumberger gefragt wurde, sagte er, die Fabrikordnung dort trete nicht ein. Das ist aber von A bis Z unklar. Der Gewerbeinspektor für Mühlhausen Dr. Ulrich erklärt, daß in der Fabrik des Herrn Schumberger die 11 stündige Arbeitszeit nicht eingehalten werde; wenn dem Uebel nicht abgeholfen würde, so lege das nicht an ihm (Beifall im Zentr.). Weiter nicht, daß Herr Schumberger sich darauf aufnahm, seinen Fabrikanten, daß Herr Müller sich gerühmt hat, den Geheimnisschreiber Vorleser den Beamten noch besonders eingekauft zu haben. Dieser Erlaß bedeutet aber, daß der Reichstag durch die amtlichen Berichte der Aufsichtsbekanntes hinter sich geführt werden soll.

Präsident Graf Vallerstein: Der Abgeordnete, Sie dürfen nicht sagen, daß der Reichstag durch eine Verordnung eines Ministers hinter sich geführt werden soll (Große Beifall). Höchstens könnten Sie sagen: Geheißt werden soll. (Beifall im Zentr.)

Abg. Wurm (Zentr.): Die Beamten stellen, falls sie der Meinung sind, daß gelegentliche Schritte zur Abklärung von Missständen nötig sind, dies in einer besonderen Mitteilung der Regierung herab. Der Reichstag braucht davon nichts wissen, das ist eine Degradierung des Reichstags. (Zehr auf bei den Sozialdemokraten.) Wir haben ein Recht, zu erfahren, wie die vom Reichstag erlassenen Gesetze wirken, und wir können nicht dulden, daß Minister, von denen man nie weiß, von wem sie abhängen, sich in solchen Verbindungen bräuen.

Auch möchte ich einen Fall hervorheben, in dem ein Ingenieur, der einem Gewerbeinspektor den Eintritt verweigert hat, vom Landgericht München I mit der Begründung freigesprochen wurde, daß der Beamte zum Betreten der Fabrik sich erst beim Betriebsinspektor hätte melden müssen. Es ist notwendig, daß der Herr Staatssekretär eine Erklärung darüber abgibt.

Schließlich richte ich noch die Frage an den Herrn Staatssekretär, ob die Zeitarbeiterverordnung von Bundesrat erlassen ist. Diese Verordnung erweist zum Schutze der Arbeiter dringend nötig. Fällt sie besser aus, als der Erlaß in der letzten Verhandlung des Bundesrats vorgebracht, dann wird sich niemand mehr freuen als ich und die Zeitarbeiter. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Solovomsh: Den Großbetrieb im Zeitarbeiter können wir nicht weiter einschränken, als es Leben und Gesundheit der Bevölkerung erfordern. Die Gewerbeinspektionen sind in der Regel nicht mehr, klar und freudlos zu berichten, über sozialpolitische Erwägungen und Gesetzesvorschläge sollen sie aber erst Bericht halten, bevor sie damit in die Öffentlichkeit treten. Ich möchte bitten, die Annahme, daß das Ministerium des Innern von industriellen Vereinigungen abhängig sei, zu unterlassen. Für das, was geschehen ist, hat ich volle Verantwortung übernommen und ich treue mich, es auszureichen zu können, daß der Tod des so fertig angegriffenen Beamten ein idiosyncratischer Verlust für Reich und Staat gewesen ist. (Beifall rechts.) Die Verordnung betr. die Zeitarbeiter wird nach dem in Reichsanzeiger erdienen.

Abg. Schumberger (Zentr. der Natl.): Wenn Abg. Wurm einen Kollegen vorwirft, er habe die Unwahrheit gesprochen, so kann ich das nur als eine Mißhandlung bezeichnen. Präsi. Graf Vallerstein: Abg. Wurm hat nicht gesagt, daß Abg. Schumberger bewußt die Unwahrheit gesprochen hat.

Abg. Schumberger (fortdauernd): Abg. Herr Wurm hat unbenutzt die Unwahrheit gesagt. (Beifall links.) Wenn ich etwas Unrechtes thun würde, so würde ich es lieber beabsichtigen, bestraft zu werden. Dem Gewerbeinspektor lege ich etwas nichts in den Weg. (Zehr auf den Sozialdemokraten.) Ich möchte Ihnen nur, das ist Ihr großer Fehler. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stadthagen (Zentr.): Entgegen dem klaren Wortlaut des § 2 des Gewerbegerichtsamtgesetzes, wonach für Gemeinden mit mehr als 20000 Einwohnern ein Gewerbeamt errichtet werden muß, haben bis zum Auftritte dieses Gesetzes, dem 1. Januar 1902, 50 solcher Gemeinden diese Verpflichtung nicht erfüllt. Freilich ein Erlaß des Handelsministers Müller, der die Ausfüllung des Gesetzes betrifft, datiert selbst erst nach dem 1. Januar 1902. Da darf man sich nicht wundern, daß auch die Gemeinden gegen das Gesetz handeln. Ich hoffe, der Herr Staatssekretär, der in der Tat erklärt hat, daß für Gemeinden mit über 20000 Einwohnern Gewerbeämter für alle Arbeiter errichtet werden müssen, wird in voll Entschlossenheit den preussischen Handelsminister haben, daß dieser die Gemeinden veranlaßt, die Gesetze auszuführen. § 7 ist lediglich ein Konsequenz des § 1. In beiden beiden Paragraphen aber steht ausdrücklich, daß die Gewerbeämter errichtet werden müssen. Das ist bindendes Recht und geht allen Bestimmungen voraus. Der Staatssekretär hat heute dieselbe Ansicht vertreten. Wieder sind es die Arbeiter, die das Gesetz ändern, während die Gemeindeverordneten das Gesetz verlegen.

Nach einem zweiten Gehör habe ich zu berichten. Es ist ein außerordentlich interessantes Verhältniß aus dem Arbeiter. Besonders sind es russische Arbeiter, die in Frage kommen und zwar werden diese vor allem in Bielefeld beschäftigt. Die Behandlung dieser russischen Arbeiter ist ganz unbillig. Die Bielefelder sind Gustav Mann und Louis Mann in Bielefeld beschäftigten Hunderte von russischen Familien entgegen dem Bestehen in den Gesetzen von 1891, 1895 und 1898. Die Schlichter dienen ihnen nicht, sondern liefern Räume, in denen Männer und Frauen untereinander ohne Schutz gebettet liegen. Auch Kinder sind dazwischen.

Ein Mangel an deutschen Arbeitern ist in Bielefeld nicht vorhanden. Die Unternehmer haben vielmehr eine ganze Reihe deutscher Arbeiter entlassen, um sie durch russische Arbeiter ihrer Arbeit zu ersetzen. Diese sind als billige und billige Ausbeutung beabsichtigt, die sich die willkürliche und schlechteste Art der Behandlung und Behaltung sowie Lohnabgabe gefallen lassen müssen. Trotz der jahrelangen Beschwerden der Arbeiter hat sich in den Bielefelder Bielefelder kein Fortschritt zu leben lassen. Die deutschen Arbeiter verlangen, daß beim nächsten künftigen Handelsministerium die Bestimmungen über die russischen Arbeiter der gleichen Rechte haben sollen wie die inländischen, d. h. nicht ausgewiesen werden dürfen. So lange das Ausweisungsbefehl besteht, üben die Ausländer nur Lohndruck. (Zehr richtig b. d. Zentr.)

Abg. Franken (natl.) beantwortet die von ihm gestellte Resolution.

Abg. Dr. Obergelt (Zentr.): Der gesetzgebenden Regelung dieser Materie stehen große Schwierigkeiten entgegen. Abg. Wassermann (natl.) trägt an, ob die Verlage betr. die kaufmännischen Schiedsgerichte nicht in dieser Session zu erörtern ist.

Abg. Wolfenbutter (Zentr.): Wir stehen der Tendenz des Entwurfs Franken sehr unpopulär gegenüber, aber wir glauben, daß er der Kreis der zu verifizierenden Personen zu eng begrenzt. Er beschränkt die Versicherung nur auf einen ganz bestimmten Kreis von Personen, nämlich auf die Feuerwehreute. Es gibt aber noch eine Menge anderer Arbeiter, bei denen Leben und Gesundheit auf Spiel gesetzt werden. Ich bitte für die Resolution aus.

Staatssekretär Graf Solovomsh: Auch ich bin der Meinung, daß ein Gewerbeinspektor, der eine Fabrik revidieren will, nicht erst der Genehmigung des Fabrikinhabers bedarf und auch durch jeden Eingangs eintreten darf. — Gewicht durch die Landesregierung auf dem Gebiete der Versicherung der Feuerwehreute nicht, so wird allerdings das Reich eingeleitet müssen. — Die Vorlage betr. die kaufmännischen Schiedsgerichte wird dem Reichstag so bald wie möglich zugehen. Damit schließt die Diskussion. Die Resolution Franken wird einstimmig angenommen. — Hierauf verläßt das Haus die Weiterberatung des Etats auf Dienstag 13. März.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Stadtverordneten-Sitzung

am 10. März 1902, nachmittags 4 Uhr.

Vorsitzender: Dittenberger.

Eingegangen ist eine Mitteilung des Haus- und Grundbesitzer-Vereins, in der Vorschläge bezüglich der Übernahme der Straßeneinrichtung gemacht werden. Die Angelegenheit wird der Finanzkommission übergeben. Der Vorstand des Haus- und Grundbesitzer-Vereins in Erbenheim ist in einer an den Magistrat gerichteten Petition Auskunft über die bei neu angelegten Straßen zu zahlenden Straßenaufbaukosten. Die Sache wird auf einige Wochen zurückgelegt. Nach der Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 3. März wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Die Reichsstaatsministerien sind in einer an den Magistrat gerichteten Petition Auskunft über die bei neu angelegten Straßen zu zahlenden Straßenaufbaukosten. Die Sache wird auf einige Wochen zurückgelegt. Nach der Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 3. März wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Die Reichsstaatsministerien sind in einer an den Magistrat gerichteten Petition Auskunft über die bei neu angelegten Straßen zu zahlenden Straßenaufbaukosten. Die Sache wird auf einige Wochen zurückgelegt. Nach der Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 3. März wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Überbürgermeister Staudt erklärt, das Kollegium müsse schon die Güte haben, und der Oberaufsicht hier freie Hand lassen. Man müde berücksichtigen, das sich das Merkmal an sehr exponierter Lage befindet, das sich nachher werde die Benachteiligung durch Fußgängerentlastung besorgt. Das Kapitel wurde schließlich wie vorgelesen fertiggestellt.

Bei dem Kapitel Gemeinnützige Zwecke wurde der Punkt 14 der Tagesordnung: Benützung von Mitteln für das städtische Museum gleich mit erledigt. Es werden jetzt für das Museum über die Höhe des Gehalts der Direktoren, welche die Verwaltung durch Fußgängerentlastung besorgt. Das Kapitel wurde schließlich wie vorgelesen fertiggestellt.

Stadt. Gröte bringt zur Sprache, das ihm zu Ohren gekommen ist, das hiesige Bauwerk der Oberbürgermeister Staudt und anderer Herren eine Konferenz hat, in der die Besichtigung des Herrn Keilung zu dem Bitten bemängelt worden sei. Auch in einem Eingekind der bürgerlichen Presse sei diese Angelegenheit behandelt worden. Herr Staudt, der vor 8 Tagen seine Freunde Ausdruck gegeben habe, das Herr Keilung die Besichtigung ehrenamtlich übernehmen möchte, möchte sich doch darüber ärgern, ob eine solche Konferenz stattgefunden habe.

Überbürgermeister Staudt bezieht die dem Herrn Gröte gemachten Mitteilungen über die Sache als ganz erbärmliche Verdächtigungen. Er habe niemals mit Herrn Wolf eine derartige Konferenz gehabt und würde sich auch darüber, was ihm Staudt nachher erzählt hat, nicht zu äußern. Was kommt es auf meine armenliche Person an?, sagt Herr Staudt wörtlich. Das Interesse der Stadt erheischt es aber, solche Angriffe ernstlich zurückzumenen. Im weiteren Verlaufe der Debatte sprachen einige Stadtvordere über die trivialen Verdächtigungen ihre tiefste Entrüstung aus.

Stadt. Krüger bemerkt, man möge sich doch über die Sache nicht äußern und über das, was da in der bürgerlichen Presse gelehrt habe, zur Tagesordnung übergehen. Wenn Herr Keilung erst länger im öffentlichen Leben stehe, dann werde er solche Dinge nicht mehr so rasch nehmen. Ein altes Sprichwort sagt: Aber am Wege kann man sich meistens lassen.

Stadt. Gröte freut sich über die Erklärungen des Überbürgermeisters und vertritt die Meinung, das es sich um einen hochachtungswürdigen Mann zu nennen. Stadt. Keilung teilt mit, er habe sich nicht zu dem Vortrag bedrängt und thue das auch heute nicht; bei der Übernahme des Hofens habe ihm nur das Wohl seiner Vaterstadt am Herzen gelegen. Der Antrag des Stadt. Gröte, 800 Mk. zu bewilligen, wird abgelehnt; der Antrag der Finanzkommission und des Magistrats 500 Mk. wird angenommen.

Bei demselben Kapitel beantragt Stadt. Krüger die Streichung der Hofen: Beitrag an den Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen 12 Mk. — Beitrag an den Zentralverein gegen den Mißbrauch arbeitsfähiger Getränke 30 Mk. und Beitrag an den Verein für Volkswohl 3000 Mk. Von der Hälfte der ersten zwei Vereine habe man sich etwas anzuheißeln und das Geld, das die Stadt dem Verein Volkswohl abgeben könne sie zu demselben Zweck besser verwenden. Die Anträge wurden aber abgelehnt.

Der Ueberblick der Nämmerrechnung aus dem Rechnungsjahre 1900 beträgt 298.975 Mk. und wird so fertiggestellt. (Kapitel 1.)

Ueber die Gemeindegeldgaben (Kapitel 18) referiert Stadt. Steiner, der vorläufig, gleich vom Kapitel 10, insgesam die Position 13 mit zu behandeln, da für den Fall der Übernahme der Straßenreinigung in städtische Regie 33.000 Mk. Mehrkosten in den Etat eingestellt werden müssen. Die Finanzkommission hat auf 180 Proz. Zuschlag für die Einkommenssteuer 136 Proz. und 180 Proz. für die Realsteuer festgesetzt. Man habe sich bezüglich über die Sache unterhalten und auf andere Städte hingewiesen, wo noch höhere Steuerzuschläge erhoben werden. Galt könne sich anderen Städten gegenüber mit seinen Steuerfällen immer noch stehen lassen. Die Gründe für die Ermäßigung auf 136 Proz. liegen sehr nahe. Die Stadt Halle liegt nicht bloß von den Leuten, die hier wohnen, sondern von denen, die nach Halle kommen und noch kommen sollen. Unsere Stadt sei auch nicht konformlos. In der Straßenreinigungstrage sind außerordentlich abweichende Ansichten zur Sprache gebracht worden und könne dieselbe nicht, wie geplant, zum Juli d. J. zur Durchführung gelangen. Die Finanzkommission schlägt vor, die Sache vorläufig zu vertagen und die eingeleiteten 33.000 Mark zu streichen. Die Veranlagung möge beschließen. Von der Einstellung oder Streichung der 33.000 Mk. hänge es ab, was in Zukunft geschehen werde. Die Veranlagung müsse aber dazu Stellung nehmen.

In der nunmehr folgenden Generaldiskussion wendet sich Stadt. Gygax gegen die Kommission, welche die Vorberatung gehabt. Der Haus- und Grundbesitzer-Verein wolle seine Forderungen, aber auch seine Sonderbedürfnisse. Das alte preussische Gesetz habe keine Geltung mehr. Wenn die Kommission nur etwas nachgeben hätte, dann wäre aus der Sache doch etwas geworden. Es sei zu wünschen, das nun zum 1. April nächsten Jahres die Straßenreinigung durchgeführt wird.

Überbürgermeister Staudt nimmt die Beratungskommission in Schutz. Es befinde vorläufig keine Aussicht, das sich der Magistrat der Ansicht des Haus- und Grundbesitzer-Vereins anschließen werde; jedoch könnten die Anschauungen sich ändern. Den Hausbesitzer könne er nur den Tat erweisen, jetzt zugreifen; die Sache stehe jetzt ganz vorteilhaft für sie und das Befestere sei der Freund des Guten. Er, Redner, stehe auch auf dem Standpunkt des Hohenzollerpreußens: Jedem das Seine. Man möge die 33.000 Mk. zur Verfügung der städtischen Behörden stellen; damit binde man sich nicht.

Stadt. Krüger vertritt seinen Standpunkt und spricht die Vermutung aus, das der Magistrat die ganze Vorlage zurückziehen werde. Wie es scheint, wollen die Hausbesitzer, trotz der durchschlagenden Gegen Gründe, den Befehl doch wieder selbst in die Hand nehmen. Die Mieter trügen durch die 33.000 Mk. genug zur Deckung der Verluste bei. Da könne man von Idealismus reden, denn die Mieter müßten bei jeder Gelegenheit Haare lassen. Die Disposition gegen die Sache erweise unverständlich und lauter konservative Elemente sind, die sich nicht an neue Gedanken gewöhnen können. Die Hausbesitzer haben seiner Zeit schon die Erhöhungen der Mieten mit der jetzigen Vorlage begründet und nun sollen die Mieter wiederum motiviert werden.

Stadt. Schandenburg erklärt es nicht für schön, der Kommission zur Vorberatung, die lange und tüchtig gearbeitet habe, nun auch noch Vorwürfe zu machen. Die Finanzkommission habe die 33.000 Mk. ja nur mit 6 gegen 4 Stimmen geteilt und könne der Weisung derlei immer noch ungehorsam werden. Wenn die 33.000 Mk. heute nicht zur Disposition gestellt werden, dann werde die Sache auf mehrere Jahre vertagt werden. Im weiteren Verlaufe der Debatte führt Stadt. Gröte aus, das die Momente, ob die Sache generalisiert werden soll, aber ob mehrere Depots errichtet werden sollen, noch nicht genügend geprüft seien. Die Meinungen sind noch so geteilt, das noch viele von den Teilnehmern der Beratung darüber hinstehen können, bevor eine Entigung erzielt wird.

Nachdem noch ein ganzes Häufchen Redner gegen die Vorlage gesprochen hatte, sprach der Referent das Schlußwort, dann wurde über die Einstellung der 33.000 Mk. in den Etat abge-

stimmt. Nur unsere Genossen und noch 2-3 bürgerliche Stadtvordere stimmten für die Magistratsvorlage und die übrigen Stadtvordere dagegen. Mit der Ablehnung der 33.000 Mark ist leider die städtische Straßenreinigung wiederum verdoht.

In der nunmehr folgenden Stadtvorrede wendet sich Stadt. Gröte gegen die Betriebssteuer und Einkommensteuer, die die Wohnorte an sich beibringen. Er sei nicht zum besten das einen Teil, der sich über die Kultursteuer beklagen habe, seitens der hiesigen Polizei der Rat erzeit worden sei, er könne ja seinen Wohnsitz von 4 Uhr nachmittags bis 12 Uhr abends abhalten.

Stadt. Krüger erklärt, das er und seine Freunde nicht in der Lage sind, für die Steuererhöhung stimmen zu können. Gütte der Magistrat rationaler gewirtschaftet, dann hätte er jedenfalls besser abgesehen. Durch die bekannte Behandlung der Strafs sei die Steuerkraft der Arbeiter ganz bedeutend gelähmt worden. Auch durch die Übernahme und Bewirtschaftung der Güter Ammendort-Bereen in eigene Regie hätte er profitieren können. Solche Güter werden jetzt bedeutend höher eingekauft wie früher. Auch für patriotische Zwecke hätte brauchen nicht so viel Geld ausgegeben zu werden und an den Gehältern der höheren Beamten hätte können gespart werden. Aus diesen und anderen Gründen könne er für den Etat nicht stimmen.

Darauf wurde das Kapitel Steuererhöhungen in der von der Finanzkommission vorgelegenen Form, 135 Prozent Einkommenssteuer und 180 Proz. Realsteuer, festgesetzt.

2. Die Rechnung über das Kapitel 10, Schulwesen für 1899, wird fertiggestellt.

Seitens des Stadt. Räte wird moniert, das vielfach Anschaffungen gemacht worden sind, die häufig geändert wurden. Er beantragt, in Zukunft vorzüglicher zu handeln, wodurch der Stadt Mittel gespart werden könnten. Bei der Übergabe wahren Kräfte nicht an arme Kaufleute habe man verschiedene Sorten Wele 10 und 15 bis zu 20 Mann angekauft; da möge man einheitlich handeln, auch bezüglich der Früchten. Ebenfalls zu monieren sei es, das bei dem Erlös von Schulgeldern jedenfalls nicht vollständig gegen vorgegangen worden ist. Nur bei der allergrößten Bedürftigkeit sollte Schulgeld in voller Höhe erlassen werden. Anlässlich erweise es, das die Volkshalle meistens ohne von Kantonen und Bezirk Beamten zu gute gekommen sei. Man möge sich darüber berathen, ob man einheitlich handeln, auch bezüglich der Entlohnung und Vermögensverhältnisse auscheiden. Diesen Anträgen wird zugestimmt.

3. Die Turnhalle auf dem Hofplatz als Schanklokal während der Wälder und der Wälder Meta Thum zu dem Gebrauche von 2000 Mark vermerkt.

5. Ein Antrag, die Zahlung der Gehälter an das Lehrpersonal durch die Steuerheber in den Schulen bewirken zu lassen, wurde angenommen.

7. Der Ausbau der Bernhardtstraße zwischen den Straßen D und E wurde beschlossen.

11. Die Versicherung der gesamten städtischen Feuerversicherungsobjekte für eine längere Distinktion über die Frage der Selbstversicherung in der Kommune hervor. Stadt. Gröte redete der Selbstversicherung stark das Wort. Überbürgermeister Staudt bezieht die Ansicht, das das Risiko, das die Stadt übernehmen müßte, zu bedeutend sei. Man verliere doch nicht nur gegen Feuer, sondern auch gegen Diebstahl, Erdbebenkatastrophe etc. Der Antrag der Versicherungen nur auf ein Jahr zu prolongieren und in der Zwischenzeit Unterlagen zur Selbstversicherung zu beschaffen, wurde abgelehnt. Dann wurde der Antrag des Magistrats, die Versicherungen wie bisher mit den früheren vier Gesellschaften abzuschließen, angenommen. — Die nicht angeführten Punkte werden veragt.

15. Der Wahlprotest wurde einstimmig für unbeschädigt erklärt und die Gültigkeit der Stadtvorderewahl des 8. Bezirks wurde ausgeprochen. Der einzige Protest ist, so führt der Referent Stadt. Dr. Keil aus, von einem Fischermeister Krüger eingereicht worden. Nachdem Redner das Wahlergebnis mitgeteilt hat, wozu unsere Genossen Krüger und Heide 8 gegen 5 Stimmen über die Majorität haben, verliest er die Gründe des Protestes, in dem behauptet wird, das von der Majoritätspartei eine große Anzahl Wahlstimmen beantragen worden sind. Die Wählerkarten wären abgeholt worden und dann wären darauf zu Gunsten der Majoritätspartei die Stimmen abgegeben worden. Dieses ist in mindestens 20 Fällen geschehen und es dürfte nicht schwer sein, noch mehr Fälle zu erweisen. Es handle sich hier um ein verwerfliches Wahlmanöver, so erklärte der Fischermeister Krüger. Der Referent meinte aber, die amtlichen Erhebungen haben nicht ergeben, das in mehr als in 20 Fällen falsch gemacht worden sei. In einigen Fällen sind die Täter ermittelt, die bei der Bestrafung nicht entgehen werden. Auf Grund dieses Protestes könne aber die Wahl nicht für ungültig erklärt werden, da die nicht abgegebenen Stimmen auf das Ergebnis nicht von Einfluß sind. Redner man die beiden Gewählten je 20 Stimmen ab, so bleibe doch immer noch eine Majorität von 35 und 38 Stimmen. Er beantragte, die Gültigkeit der Wahl auszusprechen. Herr Krüger fügte sich in dann beschworen, wenn er damit nicht einverstanden sei.

Stadt. Emmer bemerkt, seiner Ansicht nach sei die Wahl so vorzüglich geleitet, das man an Wahlmanöver gar nicht denken könnte. Es war doch gewis durch genügend uniformierte und Kriminal-Polizei thätig. Wenn Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, so ist das bedauerlich; er müsse ganz entschieden dagegen Verwahrung einlegen, wenn seine Redner's Partei für die Dinge verantwortlich gemacht werden solle. Er beantragte die Wahlbescheinigung in jeder Form. Die Wähler sind, wo sie das so genau beobachtet werden, viel zu vorzüglich dazu, so etwas zu machen, und nicht mit Unrecht besteht die Vermutung, das die generischen Parteien mit der Sache vielleicht haben der Sozialdemokratie ein Rücksicht in das Welt legen wollen. Die Sache erweise nicht so klar, wie sie hineinsteht werde. — Für den Protest lege sich niemand in das Mittel und der Wortführer erklärte dann, da gegen den Antrag, die Wahl für gültig zu erklären, keine Einwendungen gemacht werden, das die Sache erledigt sei. Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr.

Locales und Provinzielles.

Halle a. S., 11. März.

Für gültig erklärt
wurde noch kurz vor Schluß der gelirten Stadtvordereversammlung vom Kollegium die Nachwahl im dritten Bezirke. Schon am Sonnabend lag der Protesteher in der Halle'schen Zeitung erklären, das er sich bei dem eventl. Gültigkeitbeschlusse des Stadtvorderekollegiums nicht beruhigen sondern an den Bezirksauswahls appellieren werde. Inzwischen wurde auch der Name des Protestiers bekannt. Es ist ein Herr Krüger, seines Zeichens Fischermeister und im Nebenamt Vorstandsmitglied des dritten kommunalen Wahlvereins. Er schiebt sich herbei, dem angeblich von den Sozialdemokraten so schwer verletzten Recht Verwahrung zu verschaffen. Zwar klang die

Wahlprotest etwas verdächtig, da die Gültigkeit in sehr geheimnisvoller Weise vor sich ging. Kein Mensch, außer denen, die auf amtlichem Wege davon Kenntnis bekommen hatten, mußte den Namen des protestierenden stimmberechtigten Bürger. Je näher indes der Tag heranrückte, an welchem über die Gültigkeit der Wahl entschieden werden sollte, desto nervöser schint Herr Krüger geworden zu sein. Er ließ schon vor der Entscheidung erklären, das er weiter protestieren werde, obgleich er nicht wissen konnte, wie der Beschluß über seinen Protest ausfällt. Das der stimmberechtigter protestierender Vorstandsglied des dritten kommunalen Wahlvereins ist, obwohl dieser Verein beschossen hat, Protest nicht zu erheben, ist natürlich nur Zufall. Jedenfalls ist diese Methode völlig neu, das ein Mitglied sich über Vereinsbeschlusse hinwegsetzt, die von so schwerer Tragweite sind, und der Verein keine Veranlassung nimmt, ein solches Mitglied zu reaktivieren. Insofern, wie kennen die Kommunalvereine und erklären uns darnach das Zustandekommen des Protestes. Man war nun bei der Beratung gefasst, welche haarsträubenden Wahlmanöverigkeiten dieser Protest nachweisen würde. Diese Spannung ließ jedoch bald nach und als der Referent, Herr Dr. Keil, geendet hatte, fragte man sich unwillkürlich: Ist das alles? Und es war alles! Herr Krüger hat sich seinen Wahlprotest sehr leicht gemacht. Er nahm einfach den Namen Krüger an und schrieb nach, was dieser in mehreren Nummern über die angeblichen Wahlmanöverigkeiten gebracht hatte. Das war das Material zu dem so ostentativ in Szene gesetzten Wahlprotest. Es kann mit Zug und Recht behauptet werden, das auf nichtiger Dinge und auf beweiserlose Vermutungen sich selten ein Wahlprotest gestützt hat, als der von Herrn Krüger eingebracht, so das selbst der Referent zu erklären gezwungen war: Ja, meine Herren, das sind alles nur Vermutungen. Das Kollegium besaß Selbstachtung genug, die Vermutungen des Herrn Krüger einer Würdigung nicht zu unterziehen. Nachdem unser Gen. Emmer sich dagegen verwahrt hatte, das etwaige Wahlmanöverleiden von unierer Partei bezw. von den leitenden Zuständen gebilligt worden seien, erklärte der Stadtvorderevorsitzer, da ein Gegenantrag zu dem des Referenten, der die Gültigkeit der Wahl beantragt hatte, nicht eingegangen war, das das Kollegium damit die Gültigkeit der Wahl ausgesprochen habe. Wenn Herr Krüger diese Thatsache, das nicht ein einziger der kommunalvereintlichen Stadtvordere für seinen Protest eintrat, nicht Verurteilung genug ist, dann mag er weiter protestieren. Für uns ist diese Angelegenheit insofern durch den gelirten Beschluß geklärt, als Gen. Heide, selbst wenn Herr Krüger die Entscheidung des Bezirksauswahls anruft, in das Stadtvorderekollegium einzieht.

Aus der Stadtvordereversammlung.

Auch gelirten hatten sich im Jubelraum viele unserer Genossen und auch Herren aus den bürgerlichen Kreisen eingeschrieben, um das Schicksal des Wahlprotestes zu erfahren. Ihre Geduld wurde auf eine harte Probe gestellt, und als der Zeiger bald auf die 8. Stunde gerückt war und das Kollegium noch immer den 1. Punkt der Tagesordnung bereit, schwebte bei den meisten die Hoffnung, das der Wahlprotest noch erledigt werden könnte und sie erheben sich allmählich, so das bei der Beschlusfassung über den eigentlichen Gegenstand ihres Interesses kaum noch ein Duzend Jubler anwesend waren. Bei dem schon angelegenen 1. Punkt, der zugleich die Entscheidung über die Höhe der Steuerzuschläge brachte und das Schicksal des Protestes an Übernahme der Straßenreinigung in städtische Regie entschied, schwärzte die Disziplin auf alle möglichen Gebiete über. Von der „Kunst“ debatte bei der Forderung für das städtische Museum sprang man über auf die Straßenreinigung, dann sprach man von der Bauplatzsteuer, der Position der Bodenreformer und schließlich kam man bei der Forderung, auf die Betriebssteuer einen Zuschlag in Zukunft nicht mehr zu erheben. Nur zwei Punkte sind der besonderen Erwähnung wert, die bemühtige Steuererhöhung um 15% und die abgelehnte städtische Straßenreinigung. Wir können uns in beiden Fällen ein näheres Eingehen sparen, da wir schon mehrfach die in Frage stehenden Punkte behandelt haben. Durch die vorgenommene Streichung der im Etat für die Einführung der Straßenreinigung eingestellten 33.000 Mk. ist dieses Projekt abermals unerledigt. Wir werden die Straßenreinigung durch die Stadt ab 1. Juli dieses Jahres nicht bekommen und die Wortführer der Hausbesitzer in der gelirten Sitzung, die Herren Gygax und Gröte, liegen keinen Zweifel darüber, das die Hausbesitzer nach dem Grundsatze zu handeln gedenken: Zeit gewonnen, alles gewonnen! Reicht der Magistrat es diesmal ab, die Straßenreinigung ihnen kostenlos abzunehmen, so ist damit nicht gesagt, das er in einem oder in zwei Jahren haushälterischer geworden ist. In der That hat diese Kombination aus der gelirten Haltung des Magistrats neue Nahrung gezogen, denn außer dem Dezenterten für diese Materie, dem Stadtrat Schandenburg, legte sich nach einer kurzen Erklärung des Überbürgermeisters kein Magistratsmitglied für die Vorlage, die zugestandenmaßen große Arbeit verursacht hat, ins Zeug. Man überließ sie ihrem Schicksal. Wer mag angeht die städtische Vorkommisse die Behauptung zu widerlegen, das die Stadt Halle nach dem Willen der Hausbesitzer veroralte wird?

* Von dem Tuch-Verhandlung Conrad A. Rauberg in Rotbun liegt der heutigen Nummer eine Anpreisungs-offerte bei.

„Probleme der Handelspolitik“. Gen. Pfeiffer schreibt uns: „Im letzten Bericht über die Veranlagung des Sozialdemokratischen Vereins, in welcher Gen. Wientz über das Thema Probleme der Handelspolitik referierte, ist auch der vom Referenten hauptsächlich ausgeprochene Satz wiedergegeben: „In einer künftigen sozialistischen Gesellschaft kann unter Umständen ein Schussvoll notwendig sein.“ Dieser Satz ist aber meines Erachtens noch nicht richtig. Eine sozialistische Gesellschaft wird diesen Schussvoll nicht brauchen, denn diese Gesellschaft ist als Ganzes Behälter sowohl der Produktions- wie auch der Konsumtionsmittel, an denen wiederum jedes einzelne Individuum dieser Gesellschaft partizipiert. Ist also in einer sozialistischen Gesellschaft, und ist sie selbst ein einheitliches Ganzes, umgeben an irgend einem Produkt Ueberfluß vorhanden, so wird diese Gesellschaft sich hüten, solche Produkte, welche sie selbst mehr als zur Verneigung hat oder ansetzen kann, irgend jemand anderem abzugeben. Hat aber die sozialistische Gesellschaft an irgend einem Produkt Mangel und kann diesem aus sich selbst nichts mehr abheben, so wäre es Selbstmord, dieses Produkt zu vertieren,



...daher ein schmerzlicher Fehler, wenn ein Sozialist Millierands Handlung wiederholen wollte. Aber man soll die Partei nicht den Weg verlernen — das ist alles, was ich verlange. (Beifall.)

Die Generalabstimmung ist geschlossen. Man schreibt zur Wahl einer Kommission von 15 Mitgliedern, die die Programm-entwürfe zu prüfen hat. In die Kommission werden Vertreter der beiden Richtungen oder vielmehr Schattierungen gewählt.

Dem künftigen Generalkongress wurde aufgegeben, ein periodisches Parteizentralorgan anzubahnen, das so möglich wünschenswert erscheinen soll. An eine Tageszeitung ist vorerwähnt nicht zu denken. Der Fraktionsbericht wurde nur unter Vorbehalt gefällig.

Zunächst verlas die neue Fraktionsleitung, die von der Kommission einstimmig gewählt wurde. Von der marxistischen Fraktionsleitung der Generalabstimmung ist so weit wie gar nichts beibehalten worden. Die neue Erklärung ist weitestgehend von der alten verfallen, sie ist ideologisch und rhetorisch gehalten, eher ein Manifest als ein Programm, dem Umfang nach eine kleine Brochüre. Sie reproduziert alle Vorbehalten der russischen Programmrede. Der Kongress nahm die neue Erklärung beistimmend unter förmlichem Beifall und einstimmig an.

Über die Ministerfrage wurde einstimmig beschlossen, daß in Zukunft kein Sozialist ohne Zustimmung der Partei ins Ministerium eintreten darf.

Von den Berichten an die Delegierten verbleiben noch zwei genannt zu werden: die von den Delegierten: Dem Namen der Partei wird beigefügt der Interim. „Föderative Einigkeit“. Das Generalkomitee erhält den Namen „Interföderales Komitee“ und ihm werden alle bisherigen Kontrollratsmitglieder genommen; fortan sieht ihm lediglich die Verwaltung und die Organisation der Agitation zu. Die Kontrolle über die Deputierten wird in die Hände der Delegierten übertragen. Gelangt an das Komitee eine Beschwerde gegen einen Deputierten, so hat er dieselbe ohne weiteres der Föderation, welcher der betreffende Deputierte angehört, zu übermitteln. Der Kongress entscheidet dann eventuell als höchste Instanz. Die Kammerfraktion wird im Komitee durch einen Delegierten vertreten sein. Die Kontrolle über den Parteitag fällt der Partei selbst zu. Das Parteizentralorgan hat die Kammerfraktion wird sich mit dem Komitee verständigen betreffs der Agitation und der Entsendung von Deputierten nach Streitfragen.

In der Wahlaktfrage wurde ein Antrag Renaudels abgelehnt, der die Befähigung der einstimmig votierten Relation des Partier Interimkongresses an demselben betreffs Wahlaktfrage verleiht. Eine noch lässig Resolution des lokalen Organisations einen weiten Spielraum für zeitweilige Wahlaktfrage. Renaudel begründete seinen Antrag mit dem Hinweis auf die bereits im Hinblick auf die kommenden Kammerwahlen abzuschließenden Bündnisse zwischen Sozialisten (Ministerialisten) und Radikalen. Weitere Bündnisse sind eben im Gange, und sie äußern sich unter anderem darin, daß die Ministerialisten Sozialisten unter der Bedingung der Organisierung in gewissen radikalen Wahlkreisen keine Kandidaten aufstellen. ...

Hingegen votierte der Kongress die folgende von Renaudel (Deut.-Sprez) beantragte Resolution: „In allen Wahlen beim zweiten Wahlgang sind es einzig die Abordnungen, die unter Berücksichtigung der repräsentativen Disziplin und ohne Rücksicht auf das Parteizentralorgan aufzugeben, auf ihre eigene Verantwortung zum besten Vorteil des Proletariats handeln.“

Das von der Kommission ausgearbeitete Minimal-Programm enthält zum Teil recht bedeutende Forderungen. In Bezug auf den Wahlaktentwurf wird die eventuelle „subsidäre“ Forderung einer nicht näher bestimmten Verfügung der Arbeiterschaft auf der Basis der Forderung der Verwirklichung der Forderung der Dienstleistung als eventuelles Surrogat angehängt; die „soziale Vererbung“ soll ohne Lohnabhängigkeit organisiert sein, aber auch event. mit Lohnabhängigen im Betrage 1/3 der Vererbungslosen, die übrigen 2/3 sollen vom Staat und Unternehmern getragen werden. An neuen Forderungen im Vergleich mit dem Generalkomitee sind: die Nationalisierung (Verstaatlichung) der Bergwerke, Eisenbahnen, des Bankwesens, der Zuckerindustrie und der Großmüllerei; Schaffung eines Agrarcredits, Subvention für den Anbau von landwirtschaftlichen Maschinen zum Zwecke der kollektiven Benutzung, und dann ist die Verpflichtung der sozialistischen Abordnungen, gegen die Militärdiktatur zu votieren, und gegen jeden Entwurf, verhängen und an deren Stelle folgendes gesetzt: „Verzicht auf jeden Angriffskrieg und auf jede Allianz, die nicht zum ausschließlichen Zweck den Frieden hat“ — also ein Hinterbürgen zu gunsten der russischen Allianz, die ja eine ausschließliche Friedensallianz sein soll. ... Nebenbei, das Verhalten der Kammerfraktion bei der Abstimmung über die Parteiprogrammfrage ist im Bericht des Komitee nicht zur Sprache gekommen. Ferner wird noch auf jeden kolonialen Verzicht und werden Schulden für die Eingeborenen gefordert. Die Forderung des alten Entwurfs betreffs der Wahl von Gewerkschaften durch die Gewerkschaften ist abgelehnt worden — neben den gewählten Inspektoren sollen vom Staat angestellte Inspektoren.

In der kurzen Debatte wurden noch einige untergeordnete Forderungen hinsichtlich.

Abg. Viviani machte Vorbehalte in Bezug auf die Forderung der Nichtwahl: er befürchtet die Parteilichkeit gewählter Richter. Die Erfahrung der gewählten Handelsrichter ist nicht ermunternd. In Wien ist es tief genug. Von den 45000 wahlberechtigten Wiener Kaufleuten beteiligten sich an den Handelsrichters-Wahlen bloß 2000.

Das Minimalprogramm wird, wie früher die Statutenänderungen en bloc einstimmig angenommen.

Geraudel-Richard hält die Schlußrede, die polemisch gegen die Gesundheits- und Blausäuregesetzgebung ist. Er schlägt diese Rede mit dem „Entscheidungs“: Hoch der internationale Sozialismus.

Aus dem Reich.

Berlin. Zu der Gaudinischen Nordbaffare bringen Berliner Zeitungen eine gegenständig klingende Mitteilung. Danach sollen die beiden Gaudinogen als Zeugen nicht in Betracht kommen, weil sie ihr Alibi für den 9. Februar nachweisen konnten. Dabei hat bis jetzt gar nicht festgestellt werden können, wann Gaudin eigentlich ermedet worden ist. Die Obduktion der Leiche hat nur ergeben, daß die Schädelknochen weder mit dem Zeit noch mit einem Stab oder dergleichen geküßt worden sind, sondern nur durch einen Schlag mit einem Hammer vernichtet. Die Obduktion ergab, daß der Tod nicht durch Gifttrinken sondern durch die Niere herbeigeführt worden ist; sie hat also die Annahme, daß Gaudin erst nach seinem Tode ins Wasser geworfen sein würde, bestätigt. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei sollen ergeben haben, daß zwei ehemalige Gaudinogen am 9. Februar in einem Zimmer in der Gaudin-Brig zusammen gekommen sind. Diese beiden Männer waren nicht mehr zu erreichen; man wird sie daher heute erst vernehmen. Die Leiche wurde nach dem neuen Tempelhof-Straßenhof geschafft, um dort beigesetzt zu werden.

Eine gewaltige Gaseruptioion erfolgte gestern früh im Hause der Straße 11. Eine dort wohnende Witwe erlebte, als molke morgens in der Küche einen Kessel anging, als plötzlich ein Feuerlärm den ganzen Raum erfüllte. Die Frau erlitt schwere Verbrennungen. Einem im Nebenraum schlafenden Kinde wurden die Haare verbrannt. Durch die Gewalt des Aufbruchs wurden am Hause große Vermisungen angedeutet, mehrere Zehner oder vierzig Meter weit. Die Fensterthüren fielen aus den Angeln, verschiedene Möbel stürzten um und zerbrachen. Zahlreiche Fensterhölzer wurden zertrümmert, mehrere Personen durch Gaseruptioion verletzt. Auch bei den Nachbarn wurden die Fensterhölzer entzwei. Das Haus Nr. 10, das zahlreiche Risse aufwies, wurde gestützt und politisch abgesperrt.

Charlottenburg. Das Schöffengericht verurteilte den Freiherrn Hans von Heylrich wegen Betrugs und Bedrohung zu zwei Monaten Gefängnis. Der Angeklagte hatte in mehreren Fällen betrugsähnliche Beträge und eine der von ihm gezeigten Bräute, sowie ihre Mutter bei einem Streite dadurch bedroht, daß er den beiden Frauen mit einem Messer zu Leibe gehen wollte.

Strahburg. Von einem Gendarm erschossen. Eine amilische Korrespondenz berichtet: Der Gendarm Schwedteger von Wingen verhaftete am 1. Februar auf Grund einer Mitteilung des Amtsgerichts Pfälzen den 40jährigen Spengler Franz Johann von Wingen in dessen Wohnung in Strahburg, um ihn zur Verhaftung einer zweitägigen Haftstrafe in das Untersuchungsgefängnis einzuliefern. Vor Eintritt des Transportes erklärte der Gendarm dem Verhafteten, daß er gegen ihn im Falle eines Sturmversuchs von seiner Waffe Gebrauch machen müsse. Johann erwiderte, daß er wegen der zwei Tage nicht davonlaufen würde. Etwa 1 Kilometer von Strahburg sprang indessen Johann mit einem auf dem gefrorenen Boden des steilen Abhanges zu Fall kam. Johann lief nach Strahburg, der Gendarm folgte ihm und sah den Johann von dessen Wohnung in den Wald laufen; der Gendarm eilte ihm nach und rief ihm wiederholt zu: „Halt, oder ich schieße!“ Als der Johann nachsah, daß der Gendarm des Johann größer wurde, gab er auf einen Gehäufung von über 30 Schritten einen Schuß aus seinem Revolver in der Richtung auf Johann ab, der diesen tödlich traf.

Augsburg. Einige Tage vor Weihnachten hatte der Sohn des Bürgermeisters Franz Bader in Wöhrten erlitten seinen Vater bei einem Streit, angeblich in der Notwehr, erschlagen, die Leiche in eine mit Stroh gefüllte Scheune geworfen und die Scheune, um die Spur eines Verbrechen zu verdecken, in Brand gesetzt. Jetzt ist Georg Bader vom Schöffengericht wegen Mordes und vorläufiger Brandstiftung zum Tode, vier Jahren Zuchthaus und lebenslänglichen Ehrverlust verurteilt worden.

Conabrid. Durch den Einsturz der Decke in einer Schindlerwerkstatt im Dorfe Hagen wurden der Schindler und seine Tochter getötet.

Vermischtes.

Notgemacht worden ist jetzt der am 10. Januar bei Rodens an der Rheinseite gezeichnete Dampfer „Vulke“ unter Befehl der Vierdecker „Hörsing“ und „Hörsing“.

Unbetrodeter fanden nach einem Telegramm aus Saragossa sieben Kinder des Ortes in einem in einer Höhle. Um den Niedrig aus der Höhle zu finden, sündeten die Kinder ein Streichholz an, das Pulver explozierte und alle sieben Kinder wurden schwer verletzt.

Unwetter in Triest. Bei vollständig heiterem Himmel erhob sich gestern früh vor 8 Uhr ein fürchterlicher Sturmwind mit hohem Wellengang. Sämtliche Segelboote sind vollständig überdeckt. Alle im Hafen befindliche Schiffe gerieten in große Gefahr. Die Spitze des Malo Satorio wurde von den Wellen weggerissen. Die Straßenbahn mußte den Verkehr einstellen. Im Pirano sind mehrere Schiffe in Gefahr. Hilfe ist noch nicht abgesehen.

German Almers, der bekannte „Marinedichter“, ist Sonntag abend im Waidenfeld in der Oberstadt Marib gestorben. Er war ebenfalls als Sohn eines alten angesehenen Bauerngeschlechtes am 11. Februar 1821 geboren. Seine Reisen und wissenschaftliche Studien hielten ihn lange von der Heimat fern, später gab er sich nach seinem Geburtsort zurück, wo er reichlich für holländische Dichtkunst und seinen aus- gestammten Hof zu einer Ehre der Kunst und Heimatshunde gehalten. Sein „Marinedicht“ enthält eine getreue Schilderung seiner Heimat. Daneben ist er noch viele poetische und funktionsfähige Werke.

Letzte Nachrichten.

London, 11. März. Die Niederlage Methuens hat eine ungeheure Aufregung hervorgerufen. In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß Methuen ein Soldat ersten Ranges ist, in anderen dagegen wundert man sich, daß er nicht schon eher in Gefangenschaft geraten ist. In der Wölfe brach bei Eintreffen der Nachricht eine fürchterliche Panik aus. Alles wurde verkauft, Aktien fielen katastrophal. Erst nach einiger Zeit legte sich die Aufregung allmählich nieder.

Um Mitternacht erklärte Brodick im Unterhaus, er habe ein zweites Telegramm von Kitener erhalten, datiert Vetroio, 11 Uhr 50 Min. vormittags, worin dieser mitteilte, die Kolonne Methuens sei von den in Afrika geleiteten Truppen überrollt worden. 200 Mann des Northumberland-Regiments und des Regiments Lancashire legten großen Mut an den Tag, aber Delarens Truppen, 1500 Mann stark, wurden zu spät erreicht. Methuen wurde nach seiner Verwundung in seinem eigenen Wagen in die Gefangenschaft abgeführt. Kitener fügt hinzu, daß die nachgeordneten Truppen diese Niederlage wieder auszuweichen würden. Das Unterhaus ging kurz vor 1 Uhr nachts auseinander.

Wie verlautet, erhielt das Kriegsamt eine Meldung, wonach Delarens Kitener bereits mitgeteilt haben soll, daß er Methuen als Geißel behalten werde.

Krakau, 11. März. Wie der Gas berichtet, wurde der Oberst Krümm in Warschau, der Weisheit des Generals Putschewitsch in der Verwaltung des Warschauer Kriegsbezirks, verhaftet. Seit 10 Jahren verhaftete Kriegsbezirks- Militarisierungs- und Verteidigungspläne an Deutschland. Nach monatelanger Überwachung erhielten die Behörden Beweise hiervon. Es fanden sich bei einer Revision kompromittierende Schriftstücke, sowie eine Liste der bestechlichen russischen Generale. Nach anderer Version ist Krümm bereits erschossen.

Berlin, 11. März. Die freiconservative Fraktion des Abgeordnetenhauses hatte gestern in einer vollständig besetzten Sitzung den Beschluß, den Antrag des Grafen Limburg-Stürum und Genossen (Verweigerung des Antrags) nicht zu unterstützen, dagegen einen Abänderungsantrag, dahingehend, die Regierung zu erwidern, im Bundesrat dafür einzutreten, daß eine Verständigung mit dem Reichstag betreffs der von der Zolltarifkommission gefassten Beschlüsse auf Verhängung des Zollschabens für die Handelsverträge über die Säge der Zollvorlage hinaus herbeigeführt werde.

Berlin, 11. März. Die öffentliche Verammlung, die der Deutsche Antimilitarismus für gestern abend einberufen hatte, begann Graf Wälder seinen Vortrag vollenden konnte, wurde ebenfalls zu einer Zeit, als der Redner die Zuhörer aufzuforderte, jede der öffentlichen Beschlüsse anzufragen, aus ihrem Hause zu treten. Die Zuhörer verließen zwar ziemlich ruhig den Saal, doch kam es auf der Straße zu Unruhen, so daß die Polizei Rufe stiften mußte.

Paris, 11. März. Im Gehäuse der Rue Montmartre und Rue d'Esch brach gestern abend ein großes Feuer aus. Die Feuerwehr konnte nur mit größter Mühe die Hausbewohner retten. Bei dem Brande sprang ein Arbeiter aus dem zweiten

Stock und verletzte sich schwer. Die Pompiers retteten die übrigen Bewohner, darunter den Abgeordneten Desjardins mit seiner Frau.

Verammlungsberichte.

Zentralverband der Handlungsgeschäften und Geschäftsinnen
Zur Monats-Verammlung, welche am 5. ds. Mts. im Weigen Hof stattfand, hielt Medaure E. Däumig einen Vortrag über: „Ökonomische Kultur und Naturbilder.“ Zur Tagesordnung war die Wahl eines Revisorbertrags, doch wurde der Antrag nicht angenommen. Der Vorstand, Koll. Medaure, machte bekannt, daß Domestha, den 13. März, ein Kurium in deutscher Sprache seinen Antrag nehmen würde. Koll. Däumig wies auf die Notwendigkeit der Beteiligung hin. Ferner forderte Koll. Ewenty sämtliche amtierende Nichtmitglieder auf, sich dem Verbande anzuschließen, indem er sehr treffend die Notwendigkeit der Organisation und die Vorteile, welche den Mitgliedern bei zahlreicher Beteiligung entstehen, bewies. Nachdem noch verschiedene neue Mitglieder für den Verband gewonnen waren, wurde die Verammlung gegen 11 Uhr geschlossen. Eingegangen d. 8. März 1902. J. D.

Zeit.
Der Sozialdemokratische Verein hielt am 4. März seine Verammlung ab, die leider nicht zu besucht war. Dem Vortrag wurde deshalb auch Abhand genommen und zum Geschäftlichen übergegangen. Beschlüssen wurde, die Konferenz der Gemeindevorteiler in Halle zu beschicken, und zwar durch die gemählten Stadtverordneten Kämpfe und Wübauer, und durch den General Florin. Für die beiden Stadtverordneten soll auch die Kommunale Wahl abnominiert werden. In der nächsten Verammlung soll ein Vortrag über „Märzermierungen“ gehalten werden, demselben können auch Frauen zuhören, die ja nach Misslage des Innern abgeordnet von den Mitgliedern in einem Extraräume sich aufhalten können. Ein solches Zimmer ist im Sündenbüchsen Hofe zu haben und wir möchten deshalben die Frauen der Mitglieder hierauf aufmerksam machen. Jedenfalls kommt zu diesem Vortrag ein auswärtiger Vertreter.

An die Parteigenossen des Zeit-Weihenfels-Naumburger Wahlkreises.

Im Hinblick auf die Bekanntgabe des Vertrauensmannes für den Wählerbezirk Merzbürg. Genossen Pfeiffer-Halle, werden die Genossen ersucht, in der am 1. u. 2. Osterfesttage in Halle stattfindenden Gemeindevorteiler-Konferenz sich durch Delegierte vertreten zu lassen.

Zur Delegation sind bereit: 1. Die auf unserem Programm stehenden Gemeindevorteiler. 2. Genossen, welche sich speziell für Gemeindevorteilerangelegenheiten interessieren und betätigen.

Die Wahl der Delegierten ist Unterzwecktem bis spätestens den 23. ds. Mts. anzugeben.

Parteilosen, sorgt nun für eine würdige Vertretung unseres Kreises.

J. A. Der Zentral-Vorstand.
G. Florin, Vorsitzender.

An die Arbeiter-Gemeindevorteiler des Wahlkreises Delitzsch-Bitterfeld.

Parteilosen! Am 1. und 2. Osterfesttage findet in Halle der Gemeindevorteiler-Kongress der Provinz Sachsen statt. Da es auch in unserer Kreise eine Anzahl Arbeiter-Gemeindevorteiler gibt, mache ich die Genossen darauf besonders aufmerksam, ihre Vertreter nach Halle zu delegieren. Die Genossen ersuche ich, mit mir Wahl sofort mitzuteilen, da ich das Anmelden der Delegierten aus meinem Kreise nach Halle bewirken will.

Mit sozialdemokratischem Gruß
L. Biedermann, Delitzsch.

Quittung.

Für Parteizweck:
Von F. B. 080 M. G. Schmidt.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, Nord, Burgstr. 38, 8. März.
Aufgebote: Rangierer Große und Anna Wölfe (Kellstraße 37 und Merzbürg). Kaufmann Went und Emma Profewitz (Breslau und Weisstr. 28). Maurer Freyer und Karoline Schmidt (Giesendorffstr. 6 und Br. Brunnenstraße 41). Schuhmacher Kunze und Anna Richter (Br. Brunnenstr. 51 a und 5). Former Billing und Emma Dietrich (Trothaerstr. 78 und Mühlweg 12).

Geschichtungen: Architekt Quamwisch und Elise Brandt (Am Kavardor. 6). Eisenredner Mennigke und Antille Meinhardt (Burgstr. 56 und Br. Schloßgasse 2). Bobstode Richter und Anna Perger (Gardenbergstr. 36 und Schillerstraße 19).

Geboren: Arbeiter Schönborg, 2. März. (Kornstraße 19). Handlungsgeschäftlicher Teller, 2. (Giesendorffstr. 16). Arbeiter Schubert S. (Br. Wallstr. 2). Schneidermeister Grüber L. (Körnerstr. 2). Arbeiter Schade S., totgeb. (Körnerstr. 11). Kaufmann Engel L., 6 M. (Blumenthalstr. 20). Schneiders Tischmann Geisler, 64 J. (Weisstr. 56). Witwe Ligte, 88 J. (Giesendorffstr. 2).

Halle, Nord, Burgstr. 38, den 10. März.
Aufgebote: Stellmacher Schmidt und Martha Wolgt (Auguststr. 16 und Trothaerstr. 2). Arbeiter Wittmann und Auguste Wöber (Abdoltaerweg 28 und Plan 3). Schuhmacher Rohne und Anna Claus (Körnerstr. 6). Medizinstud. Krause und Minna Sorth (Giesendorffstr. 6 und Belvorstr. 1a). Prediger Jordan und Auguste Voigt (Merzbürg und Blumenstr. 10).

Geboren: Arbeiter Hoffmann G. (Weisendorffstr. 10). Arbeiter Mittel G. (Göhrstr. 18). Arbeiter Schmidt L. (Mühlstraße 7). Former Geiler S. (Mühlstraße 8). Räumacher Thiele L. (Körnerstr. 12). Arbeiter Schmale S. (Körnerstr. 35). Lederermeister Reichert L. (Rathstr. 5).

Geboren: Weidenerführer Kraußlich, 29 Jahre (Blasontenhaus). Arbeiter Gierich, 3 J. (Böhrstr. 3). Schornsteinfegermeister Heilmann, 88 J. (Molkenstr. 2). Arbeiter Schöppe S. 4 M. (Blasontenhaus). 2. Bruchmeister März (Kellstr. 29 J. (Blasontenhaus). Rentier Koegel, 57 J. (Seebenerstr. 57). Ungewöhnliche Pelene Trautmann, 61 J. (Bernburgstr. 15). Bergmanns Hant L., 8 M. (Röthenerstr. 12). Arbeiter Stiedler S., 4 J. (Br. Wallstr. 2).

Halle, den 24. Februar bis 2. März.
Geschichtungen: Arbeiter Heller und Ana Stolle. Köhler Scholtz und Bertha Raabe. Kellner Köllin und Bertha Wibe.

Geboren: Bergmeister Meiß G. Dreher Koppe L. Polgel-fergant Siebert L. Algharanderbeiter Roder L. Kaufmann Gerlich S. Maurer Kömer S. Arbeiter Kretz L. Former Wübauer L. Arbeiter Wöbale L. Arbeiter Giesdorn S. Weber Strobel L. Waidwäcker Egidius S. Schmied Romke L. Weinbändler Weinde L. Schlosser Holtenberg S. Stellmacher Voigt u. Haselba L. Müller Wundrad L. Schmied Gaudig S. Bildler Schneider S.

Geboren: Weidenerführer Matthies, 1 J. Rentner Fr. Scholle, 50 J. Anna Zimmerler, 1 W. Fr. Bäder, 4 W. Karl Müller, 1 J. Corneil Wüb. Voigt, 3 J. Gebm. Wüb. Voigt, 2 W. Hedwig Nothe, 5 M. Fr. Kunze, 4 Mon. Alma Förster, 2 W. Anna Krosse, 5 Mon. Anna Brods, 10 Mon.

Verantwortlicher Redakteur: H. Weismann in Halle.